

Lang, Kai-Olaf

**Research Report**

## Polens Beziehungen zur Ukraine: "Strategische Partnerschaft" im Kontext der EU-Erweiterung

SWP-Studie, No. S 38/2002

**Provided in Cooperation with:**

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

*Suggested Citation:* Lang, Kai-Olaf (2002) : Polens Beziehungen zur Ukraine: "Strategische Partnerschaft" im Kontext der EU-Erweiterung, SWP-Studie, No. S 38/2002, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252444>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik

Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Kai-Olaf Lang*

## Polens Beziehungen zur Ukraine

»Strategische Partnerschaft« im Kontext der  
EU-Erweiterung

S 38  
November 2002  
Berlin

**Nachweis in öffentlich  
zugänglichen Datenbanken  
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2002

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

# Inhalt

**Problemstellung und Empfehlungen** 5

**Zum Begriff der strategischen Partnerschaft** 7

**Polens Ostpolitik: Rahmen der polnisch-ukrainischen Kooperation** 10

Polens Ostpolitik: Konzepte und Ziele 10

Ostpolitik als Sicherheitspolitik 11

Polnische Rußlandpolitik 11

**Polen-Ukraine: Dimensionen der Zusammenarbeit** 12

Unkenntnis, Ablehnung und Respekt – die gegenseitige Wahrnehmung 12

Minderheiten: Brücke oder Hindernis? 13

Schwierige Aussöhnung 15

Sicherheitspolitische und militärische Kooperation 17

*Polen-Ukraine-NATO* 17

*POLUKRBAT – Vorzeigeprojekt der sicherheitspolitischen Kooperation* 18

*Heranführung an die ESVP?* 19

Reserven in den Wirtschaftskontakten 20

*Ausbaufähiger Handel* 20

*Schwache Investitionstätigkeit* 21

*Bekanntes Problem* 21

Energiepolitik – Gas- und Öltransit 22

*Gas: Ein Bypass um die Ukraine?* 22

*Öl: Das Pipelineprojekt Odessa-Brody-Danzig* 23

Die polnisch-ukrainischen Beziehungen vor dem EU-Beitritt Polens 23

**Polens EU-Beitritt: Folgen für die polnisch-ukrainischen Beziehungen** 26

Das Gespenst der Visumpflicht 26

*Nichtregistrierter Handel* 27

*Minderheiten* 28

*Folgen für den Arbeitsmarkt* 28

*Reiseverkehr/Tourismus* 29

*Regionen* 29

Handelsbeziehungen 30

Polens EU-Beitritt: Nur Nachteile für die polnisch-ukrainischen Beziehungen? 30

**Europäische Interessen, polnische Interessen: Kompatibilität oder Friktion?** 32

Europäische Interessen 32

Polnische Interessen 33

Zur polnischen Ukrainepolitik in der EU 34

**Aussichten für die Kooperation mit der Ukraine nach dem polnischen EU-Beitritt** 39

**Anhang** 42

Institutionen der polnisch-ukrainischen Kooperation 42

Abkürzungen 43



**Polens Beziehungen zur Ukraine  
»Strategische Partnerschaft« im Kontext  
der EU-Erweiterung**

Nach Polens demokratischer Wende 1989 und der Entstehung einer unabhängigen Ukraine 1991 wiesen beide Seiten den gegenseitigen bilateralen Beziehungen den Status einer »strategischen Partnerschaft« zu. Mit dem EU-Beitritt Polens wird sich diese Partnerschaft in neuem Licht präsentieren und die Frage nach Position und Rolle der Ukraine im Verhältnis zur EU neu stellen.

Polen, ein vorrangiger Partner Deutschlands in Europa und gewichtiger Akteur in der größeren Europäischen Union, wird in Brüssel darauf drängen, der Ukraine, künftig direkter Nachbar sowohl Polens als auch der Union, mehr Aufmerksamkeit zu schenken und die Beziehungen zu Kiew zu intensivieren oder gar aufzuwerten. Langfristiges Ziel Polens wird es sein, der Ukraine zumindest die Perspektive einer Mitgliedschaft in der EU zu gewähren.

Die Beziehungen zwischen beiden Ländern werden durch den Beitritt Polens zur Europäischen Union in besonderer Weise betroffen. Durch die Einbindung in die Regulationsmechanismen der EU müssen wichtige Kooperationsfelder Polens mit der Ukraine in einen veränderten Rahmen eingepaßt werden. Hierbei wird das EU-Mitglied Polen im Vergleich zur bisherigen Situation sowohl restriktivere (etwa beim Personenverkehr) als auch großzügigere (Zölle) Regelungen gegenüber der Ukraine zur Anwendung bringen. Ob Inklusions- oder Exklusionseffekte gegenüber der Ukraine überwiegen werden, wird wesentlich davon abhängen, wie der Beitritt und die damit zusammenhängenden Anpassungsleistungen umgesetzt werden und von welchen Maßnahmen der gesamte Prozeß begleitet wird.

Die Beziehungen zur Ukraine werden ein Kernelement bei der Ausgestaltung des Nachbarschaftsverhältnisses der größeren EU zu den Ländern sein, die auf absehbare Zeit keine Beitrittschance haben. Damit wird das Verhältnis zur Ukraine auch integraler und prägender Bestandteil einer künftigen »Ostpolitik« der EU. Polen, das sich als Regionalmacht in Ostmitteleuropa und Angelpunkt für die Kontakte nach Osten versteht, wird sich verstärkt in die Debatte um die Ausgestaltung der direkten Nachbarschaft und der EU-Ostpolitik einschalten.

Grundmaxime europäischer, deutscher und deutsch-polnischer Anstrengungen sollte es sein, das Verhältnis zwischen Polen und der Ukraine zu einer mehrdimensionalen, langfristigen Kooperationspartnerschaft zu machen, die regionale Stabilität durch Abbau von Asymmetrien fördert, die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Festigung der Ukraine unterstützt, sich gegen niemand richtet und mit den vorrangigen Zielen der Union abgestimmt ist.

- ▶ Die Beziehungen zur Ukraine sind in Zukunft sowohl ein polnisches als auch ein europäisches Anliegen. Es kann insofern keine fruchtbare polnische Ukrainepolitik ohne eine europäische Ukrainepolitik geben und umgekehrt. Gleichwohl gibt es Felder und Ebenen der Kooperation, auf denen Polen aufgrund seiner Expertise eine Art Federführung zukommen könnte oder auf denen es sogar eigenständig handeln sollte. In anderen Bereichen sind über das polnisch-ukrainische Format hinausreichende Kooperationsformen denkbar und sinnvoll. Wünschenswert wäre ein kontinuierlicher Dialog Polens mit seinen europäischen Partnern über einen angemessenen Bezugsrahmen für die Ausarbeitung, Lancierung und Realisierung von Projekten hinsichtlich der Ukraine (polnisch-ukrainisch, deutsch-polnisch-ukrainisch, auf dem Weimarer Dreieck basierend, von den Visegrád-Staaten zu realisierend, auf der EU-Ebene).
- ▶ Strategische Leitlinie der europäisch-polnischen und deutsch-polnischen Debatte sollte eine in nächster Zukunft zu konkretisierende engere Affiliation der Ukraine mit der EU sein, nicht aber eine EU-Mitgliedschaft. Dies sollte der polnischen Seite deutlich gemacht werden.
- ▶ Um die Ostpolitik der Europäischen Union mitgestalten zu können, muß sich Polen seiner Position, seiner Ressourcen und der außenpolitischen Prioritäten seiner europäischen Partner bewußt sein. Die Suche nach einem konstruktiven Verhältnis zu Rußland und die seit geraumer Zeit zu beobachtende Selbstreflexion über die Beziehungen zur Ukraine und über die polnische Ostpolitik in toto deuten in die richtige Richtung.
- ▶ Polens Akzente bei der Kooperation mit dem östlichen Nachbarn werden dort liegen, wo es bereits deutlich entwickelte Ansatzpunkte der Zusammenarbeit gibt: bei den gesellschaftlichen Kontakten, beim Studentenaustausch, bei Kontakten zwischen Nichtregierungsorganisationen und Selbstverwaltungen, beim Transfer von Fachwissen, bei der transregionalen Kooperation.
- ▶ Als aussichtsreicher Kooperationsbereich gilt die Sicherheitspolitik. Mit dem polnisch-ukrainischen Bataillon gelang es, ein funktionierendes Leuchtturmprojekt der kooperativen Sicherheit ins Leben zu rufen. Polen könnte sich im Zusammenhang mit der von der Ukraine signalisierten Bereitschaft, an der ESVP mitzuwirken, als EU-Mitglied profilieren. Brüssel müßte Warschau (und Kiew) gegenüber klar zum Ausdruck bringen, ob ein solches Vorhaben wünschenswert ist.
- ▶ Erhöhter Kooperationsbedarf besteht auf dem Feld der inneren Sicherheit. Polen hat mit erheblichen Schwierigkeiten bei der Modernisierung und Optimierung seiner Polizei- und Grenzschutzstrukturen zu kämpfen. Es kann Probleme der Grenzsicherung und der Verbrechensbekämpfung nicht allein, sondern nur mit Assistenz der EU erfolgreich angehen. Dies gilt erst recht für eine Unterstützung ukrainischer Polizei- und Sicherheitsstrukturen. Polnische Beiträge könnten indes durch politische Initiativen mit regionaler Reichweite im Bereich der inneren Sicherheit (vgl. die Warschauer Konferenz vom November 2001 zur Terrorismusbekämpfung) oder durch eine vertiefte Kooperation polnischer Stellen mit Justiz und Exekutivorganen jenseits der polnischen Ostgrenze geleistet werden.
- ▶ Polen ist gewillt, sich mit der Ukraine, aber auch mit Rußland in gemeinsame Vorhaben im Bereich Transport und Transit von Energieträgern einzubringen. Polen sollte wie andere Länder Ostmitteleuropas die Möglichkeit erhalten, sich schnellstmöglich am europäisch-russischen Energiedialog zu beteiligen.
- ▶ Von Deutschland sollten vor allem vier Impulse ausgehen. *Erstens* sollte es Polen bei der Formulierung und Präzisierung von Projekten sowie bei deren Implementierung unterstützen. *Zweitens* sollte es das mit Blick auf die Ukraine oft zurückhaltende Frankreich von Sinn und Notwendigkeit eines gesteigerten Engagements zugunsten Kiews überzeugen. Gelänge dies, könnte die europäische Ostpolitik und hierbei das Verhältnis zur Ukraine eine der substantiellen Aufgaben des Weimarer Dreiecks werden. *Drittens* sollte Deutschland Polen auf die Interessen Frankreichs und anderer europäischer Partner hinweisen, um in Warschau eine ganzheitliche europäische Sicht auf die Ukraine zu stärken. Und *viertens* sollte Deutschland im Dialog mit Rußland zum Ausdruck bringen, daß eine polnisch-ukrainische Partnerschaft im europäischen Rahmen nicht gegen Rußland gerichtet ist.

## Zum Begriff der strategischen Partnerschaft

Es gehört zum Standardvokabular des polnisch-ukrainischen Diskurses, die bilateralen Beziehungen als »strategische Partnerschaft« zu qualifizieren. Der Begriff »strategische Partnerschaft« hat sowohl in außen- und sicherheitspolitische Grundsatzserklärungen Warschau und Kiew als auch in gemeinsame Dokumente Eingang gefunden. Ungeachtet oder gerade wegen der von polnischen und ukrainischen Politikern konstant vorgetragenen Bekenntnisse zu diesem Begriff sind zunächst seine Substanz und Adäquanz zu klären.

Im Unterschied zu einer schlichten gutnachbarschaftlichen Beziehung oder einer Partnerschaft »ohne Attribute« sollte eine »strategische Partnerschaft« zwischen zwei Ländern eine Reihe spezifischer Kriterien aufweisen: *Erstens* sollte eine kritische Masse an »Gemeinsamkeiten« bestehen. Hierzu können gehören: gemeinsame Werte, gemeinsame Interessen und hieraus abgeleitete gemeinsame Ziele. Es muß keine vollständige Ziel- oder Interessenidentität vorliegen, aber ein Mindessentmaß an Harmonie. Die Gemeinsamkeiten dürfen nicht nur marginale Fragen, sondern müssen Bereiche von substantiellem Gewicht betreffen. Insofern muß auch ein Mindessentmaß an politischer, wirtschaftlicher, sicherheitspolitischer oder gesellschaftlicher Verflechtung bestehen. *Zweitens* sollte die strategische Partnerschaft von beiden Seiten mit ähnlichem Nachdruck und mit vergleichbarer Nachhaltigkeit entwickelt werden, es sollte ein Wille zur Kooperation vorhanden sein. Hierzu gehört auch, daß der strategischen Kooperation in den jeweiligen außenpolitischen Zielhierarchien ein gebührender Stellenwert zugewiesen wird. *Drittens* sollte ein hohes Maß an Kontinuität bestehen. Strategische Zusammenarbeit zielt auf einen längerfristigen Zeithorizont. Kurzfristige Schwankungen und Kurswechsel sollten die grundlegenden Prämissen des strategischen Miteinanders nicht in Frage stellen.

Wie ist das Verhältnis zwischen Polen und Ukraine mit Blick auf diese Kriterien einzuschätzen? Zweifels- ohne besteht eine Vielzahl gemeinsamer langfristiger Ziele. Es sollte indessen berücksichtigt werden, daß der originäre Impuls und die eigentliche Destination der strategischen Partnerschaft zwischen Warschau und Kiew die Etablierung einer Art Zweckgemein-

schaft zum Schutz vor neo-expansionistischen Bestrebungen Rußlands war.<sup>1</sup> Eine in diesem Zusammenhang notwendige Frage lautet: Welche Basis kann eine polnisch-ukrainische Partnerschaft nicht nur ohne antirussische Stoßrichtung, sondern vor dem Hintergrund einer intensivierten polnisch-russischen Kooperation und einer wachsenden Annäherung Kiew an Moskau besitzen?

Im ersten Jahrzehnt der neuen polnisch-ukrainischen Kontakte wurde wiederholt sichtbar, daß es offensichtlich auf ukrainischer Seite keinen uneingeschränkten Konsens über das Gewicht und die Besonderheit der Beziehungen zu Warschau gibt. Sorgen muß Warschau insbesondere der extensive Gebrauch des Begriffs »strategische Partnerschaft« auf ukrainischer Seite machen. Werden offizielle Dokumente zugrunde gelegt, kommt man auf die stattliche Zahl von 19 Partnern, mit denen die Ukraine eigenem Bekunden nach strategische oder spezifische Beziehungen unterhält. Ukrainische Beobachter sind in Anbetracht der Proliferation des Terminus zu der Auffassung gelangt, daß man in diesem Zusammenhang nur noch von »abstrakter politischer Rhetorik« sprechen könne.<sup>2</sup> Gleichwohl sei das reale Verhältnis zu Polen – ebenso wie das zu Rußland, den USA und Deutschland – nicht weit entfernt von einer echten strategischen Partnerschaft. In der Einschätzung ukrainischer Fachleute aus dem Bereich Außen- und Sicherheitspolitik ist Polen sogar das einzige Land, für das die Ukraine ein strategischer Partner ist.<sup>3</sup> Ambivalente Signale kommen allerdings von der politischen Führung. Folgt man der außenpolitischen Priorisie-

<sup>1</sup> Ein polnischer Beobachter ist der Auffassung, daß der Begriff der »strategischen Partnerschaft« aus der »tiefen Überzeugung resultiert, daß die Existenz einer unabhängigen Ukraine [...] auch eine Sicherung vor einer Rückkehr zu einer imperialen russischen Politik ist«. Tadeusz Chabiera, Status dla Ukrainy [Ein Status für die Ukraine], in: Marek Całka (Hg.), Polska i Ukraina w latach dziewięćdziesiątych. Podstawy i płaszczyzny współpracy [Polen und die Ukraine in den neunziger Jahren. Grundlagen und Ebenen der Zusammenarbeit], Warszawa 1997, S. 7–22 (15).

<sup>2</sup> Strategic Partners of Ukraine: Declarations and Realities (UCEPS Analytical report), in: National Security and Defence, (2000) 12.

<sup>3</sup> Ebd., S. 51.



rung, die der ukrainische Außenminister Zlenko Anfang 2001 in einem Grundsatzpapier über die Außenpolitik Kiews vorgelegt hat, verlor Polen sogar formell den Rang eines strategischen Partners. Dieser wird nur noch Rußland und den Vereinigten Staaten zugebilligt, mit Polen werden lediglich »gutnachbarschaftliche Beziehungen« angestrebt – wie etwa zur Slowakei, zu Ungarn oder Rumänien.<sup>4</sup>

Für manchen polnischen Ukraine-Kenner reflektierte sich im Wechsel von Boris Tarasjuk zu Anatolij Zlenko im Amt des Außenministers zwar keine abrupte Abwendung Kiews von Warschau, zumindest aber eine Akzentverschiebung hin zu einer stärkeren Ausrichtung der ukrainischen Außenpolitik auf Moskau und zu einem geringeren Engagement Richtung Warschau.<sup>5</sup> Ungeachtet des offiziellen ukrainischen Festhaltens am Begriff der strategischen Partnerschaft sind in Anbetracht dieser Tendenzen Zweifel berechtigt, daß die ukrainische Seite die Idee eines besonders engen Verhältnisses zu Warschau noch ernsthaft verfolgt.

Der Umstand, daß in den vergangenen Jahren offensichtlich Polen mehr an der Aufrechterhaltung bzw. Propagierung dieses Begriffs gelegen war als der Ukraine, muß ebenso skeptisch machen wie die auf einigen Kooperationsfeldern (allen voran den Wirtschaftskontakten) wenig entwickelten gegenseitigen Beziehungen.

<sup>4</sup> Uradovyj kur'jer, 18.1.2001.

<sup>5</sup> Tadeusz A. *Olszański*, Komentarz OSW [Kommentar des OSW], Februar 2001, [www.osw.waw.pl](http://www.osw.waw.pl).

## Polens Ostpolitik: Rahmen der polnisch-ukrainischen Kooperation

Die Beziehungen Polens zum Osten standen nach 1989 bzw. 1991 vor einer neuen Komplexität: Polen wollte sich schnellstmöglich und irreversibel von Verflechtungsabhängigkeiten emanzipieren, mußte hierbei Prozesse des raschen Wandels und Zerfalls berücksichtigen sowie seine Beziehungen zur neu entstehenden postsowjetischen Staatenwelt definieren. Die Bemühungen konzentrierten sich nach 1989 zunächst konkret darauf, ein rechtliches Fundament zu den neu entstehenden Staaten im Osten zu legen (wobei bis 1991 versucht wurde, im Rahmen einer vorsichtigen Politik der »Zweigleisigkeit« sowohl die Beziehungen zur Moskauer Zentrale zu pflegen als auch die Beziehungen zu den Republiken auszubauen); und sich schnellstmöglich sowjetischen Militärs auf dem eigenen Territorium zu entledigen.

Hinter diesen Anstrengungen steckt bereits das alte und aktuelle Grundproblem der polnischen Ostpolitik: Wie ist Rußland einzuschätzen, und was folgt hieraus für die polnische Außenpolitik? Muß Polen sich »vor Rußland fürchten oder nicht«?<sup>6</sup> Die vorherrschende polnische Sichtweise ging – nach vier Jahrzehnten Zwangsmitgliedschaft im sowjetischen Herrschaftsbereich und mit Blick auf die instabile Situation in Rußland – davon aus, daß Polen sich vielleicht nicht direkt vor Rußland fürchten müsse, der große Nachbar im Osten indessen ein Risiko darstelle, eine potentielle Bedrohung.

Welche internationale Konfiguration bietet Polen die beste Gewähr, daß aus dem Osten keine Gefahr droht? Eine Antwort fand Polens Außenpolitik, indem sie drei Faktoren miteinander zu verbinden suchte: Ostpolitik, Sicherheitspolitik und Rußlandpolitik.

### Polens Ostpolitik: Konzepte und Ziele

In der nach dem demokratischen Umbruch reaktivierten Diskussion über Polens Ostpolitik<sup>7</sup> fand eine

<sup>6</sup> Andrzej de Lazari, Rosja – Bać się czy nie bać? [Rußland – Soll man vor ihm Angst haben oder nicht?], in: Tygodnik Powszechny, (1994) 48.

<sup>7</sup> Vgl. zur polnischen Ostpolitik u.a.: Marek Janusz Całka, Polska polityka wschodnia w latach 1989–1997. Próba oceny, nowe wyzwania i perspektywy [Polnische Ostpolitik in den

Strömung großen Anklang, die in unterschiedlichen Phasen der polnischen Geschichte und in wechselndem Kontext angetroffen werden kann und die im 20. Jahrhundert vor allem mit der Gruppe um die Pariser Exilzeitschrift *Kultura*, deren Führungsfigur Jerzy Giedroyc und dem Historiker Mieroszewski verbunden ist. Ihre auch als »Prometheismus« bekannte Konzeption basiert auf der Annahme, Polens geopolitische Situation gebiete es, eine Konföderation oder zumindest ein Bündnis mit der Ukraine, Litauen und Belarus zu schaffen. Eine solche Neuaufgabe der alten polnischen Adelsrepublik, der »Rzeczpospolita«, ein Anknüpfen an die Traditionen der Lubliner Union<sup>8</sup> oder die Ideen des polnischen Staatsführers Piłsudski in der Zwischenkriegszeit hätte vor allem ein Ziel: die Bildung einer Allianz souveräner Staaten zwischen Ostsee und Schwarzem Meer (eines Intermarium, pl. »Międzymorze«, auch nach den Anfangsbuchstaben der Partner-Konzeption ULB [Ukraine, Litauen, Belarus]) zum Schutz vor imperialen Bestrebungen vor allem Rußlands. Diese Idee konnte angesichts der geopolitischen Verhältnisse nach 1989 realistischerweise nicht in Reinform angestrebt werden. Immerhin gab es aber in der polnischen Debatte zu Beginn der 90er Jahre durchaus Überlegungen, modifizierte Varianten der Międzymorze ins Leben zu rufen.<sup>9</sup> So

Jahren 1989–1997. Versuch einer Einschätzung, neue Herausforderungen und Perspektiven], in: Barbara Wizimirska (Hg.), Rocznik polskiej polityki zagranicznej 1998 [Jahrbuch der polnischen Außenpolitik 1998], Warszawa; ders., The Warsaw-Kyiv-Moscow Security Triangle, in: Margarita M. Balma-ceda (Hg.), On the Edge. Ukrainian-Central-European-Russian Security Triangle, Budapest 2000, S. 35–68; Marek Ziółkowski, Źródła polskiej polityki wschodniej. Białoruś-Ukraina [Quellen polnischer Ostpolitik. Belarus-Ukraine], in: Polska w Europie, (März 2001) 35, <http://www.pwe.org.pl>; Grzegorz Gromadzki, Mauern oder Brücken? Polens Beziehungen zur Ukraine, zu Weißrußland und zu Litauen, in: Magarditsch Hatschikjan (Hg.), Jenseits der Westpolitik. Die Außenpolitik der osteuropäischen Staaten im Wandel, Opladen 2000, S. 61–67.

<sup>8</sup> Vgl. Jerzy Kłoczowski, Od Unii Lubelskiej do Europejskiej [Von der Lubliner Union bis zur Europäischen Union], in: Plus-Minus, Beilage zu Rzeczpospolita (RP), 6.–7.2.1999.

<sup>9</sup> Dahingehende Vorstellungen äußerte etwa die damals nicht unbedeutende Konföderation für ein Unabhängiges Polen KPN.

lancierte Staatspräsident Wałęsa noch 1992 die Idee einer Art regionaler Alternative zu NATO und EU (»NATO-bis« »EWG-bis«), also die sicherheits- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Staaten im östlichen Mitteleuropa.

Schon bald entschied sich Polen indessen für die Kursnahme auf die »bewährten« westlichen Kooperationsstrukturen, so daß Vorstellungen eines unter polnischer oder polnisch-ukrainischer Führung stehenden ostmitteleuropäischen Bündnisses rasch von der Bildfläche verschwanden. Gleichwohl blieben die Ideen von Giedroyc und Mieroszewski relevant – wenn auch in abgewandelter Form.

In der ersten Hälfte der 90er Jahre schwankten die ostpolitischen Akzentsetzungen zwischen Favorisierung der Zusammenarbeit mit der Ukraine und stärkerer, vor allem wirtschaftlicher Orientierung auf Rußland. Mitte des Jahrzehnts setzte sich eine Art gemäßigte Variante der Giedroyc-Konzeption in der polnischen Ostpolitik durch (moderater Prometheus).<sup>10</sup> Die Konzeption ULB hatte zur Grundlage: ... »die Gleichrangigkeit der Beziehungen mit den Nachbarstaaten und eine den Interessen Polens entsprechende kohärente geopolitische Konstruktion Europas, in der Rußland lediglich die Rolle eines Teilnehmers wahrnehmen kann, nicht aber die eines Aufsehers, der Europa in Interessensphären aufteilt.«<sup>11</sup> Ausgehend von der Westbindung Polens wird die Bildung eines Streifens demokratischer Staaten zwischen Polen respektive Mitteleuropa und Rußland avisiert: eine Zone von Ländern, die »in der Lage sind, – durch osmotisches Durchdringen – Demokratie, die Grundsätze des freien Marktes, gesundes wirtschaftliches Denken, das Verständnis von Eigentum und ein Bewußtsein nationaler Traditionen zu exportieren. Wenn eine solche Zone entsteht, wenn sie sicher und stabil sein wird, dann wird dies diesmal ein cordon démocratique [im Unterschied zum cordon sanitaire der Zwischenkriegszeit].«<sup>12</sup>

10 Krzysztof Grygajtis, Poszukiwania koncepcji polskiej polityki wschodniej 1990–2000 [Auf der Suche nach der Konzeption der polnischen Ostpolitik 1990–2000], in: Sprawy polityczne, (September/Oktober 2001) 5, S. 25–51 (47).

11 Ziółkowski, Źródła polskiej polityki wschodniej (Anm. 7).

12 So Czesław Bielecki, Rosja i Ukraina z amerykańskiej i polskiej perspektywy. Zapis dyskusji w Stowarzyszeniu Euro-Atlantyckim 3 grudnia 1999 roku [Rußland und die Ukraine aus der amerikanischen und der polnischen Perspektive. Aufzeichnung einer Diskussion in der Euro-Atlantischen Gesellschaft], in: Polska w Europie, (März 2000) 31, www.pwe.org.pl.

Bei dieser Betrachtungsweise kommt der Ukraine in der Tat eine Schlüsselposition zu. Sie ist aufgrund ihres Potentials und ihrer geostrategischen Position der Eckstein der gesamten Konzeption. Insbesondere nachdem Belarus für diese Vision (wenigstens auf absehbare Zeit) »verloren« ist, kann lediglich die Ukraine die Fortführung des Projekts gewährleisten. Sympathien in Polen fand daher auch die von Zbigniew Brzeziński propagierte Bildung eines sicherheitspolitischen Rückgrats Europas in Gestalt einer quadrilateralen Achse Frankreich–Deutschland–Polen–Ukraine.<sup>13</sup>

### Ostpolitik als Sicherheitspolitik

Die zweite Komponente der polnischen Politik gegenüber den östlichen Nachbarn ist die sicherheitspolitische Ausrichtung. Indem sich Polen auf die euroatlantischen Sicherheitsstrukturen orientierte und die Aufnahme in die NATO erreichte, überwand es seine Lage zwischen Deutschland und Rußland. Die Einbindung in die europäischen und atlantischen Kooperations- und Integrationssysteme versetzte Polen in die Lage, seine geopolitische Asymmetrie im Verhältnis zu Rußland zu reduzieren. Das Bedrohungspotential aus dem Osten wurde durch die Schaffung einer sicherheitspolitischen Rückversicherung substantiell verringert. Überdies verwirklicht Polen seine ostpolitischen Vorstellungen in wachsendem Maße innerhalb der NATO bzw. in Kürze in der EU. Polen möchte seine Position als Staat an der Peripherie des Westens (państwo brzegowe) überwinden. Es trat daher frühzeitig für eine zweite Runde der NATO-Erweiterung ein, wobei es vor allem um den Beitritt Litauens, der anderen baltischen Staaten und der Slowakei ging. Zum anderen ist Polen bestrebt, die Ukraine als Zentrum eines »neuen Mitteleuropa« zu festigen, das zwischen dem ins alte Mitteleuropa erweiterten Westen und Rußland liegt.<sup>14</sup> Polen akzentuierte daher immer den »mitteleuropäischen Charakter« der Ukraine – etwa wenn es dafür eintrat, das Land in die Mitteleuropäische Initiative aufzunehmen oder den ukrainischen Präsidenten zu Treffen der mitteleuropäischen Staatsoberhäupter einzuladen. Schließlich bestehen für Polens Ostpolitik im Rahmen der sicher-

13 Grygajtis, Poszukiwania koncepcji polskiej polityki wschodniej (Anm. 10), S. 49.

14 Vgl. zur geopolitischen Betrachtung des »neuen Mitteleuropa« Alexander Duleba, Ukrajina a Slovensko [Die Ukraine und die Slowakei], Bratislava 2000, v.a. S. 281–306.

heitspolitischen Konsultations- und Kooperationsstrukturen der NATO mit den östlichen Nachbarn Betätigungsfelder.

## Polnische Rußlandpolitik

Das dritte Element bei der Ausformung der Beziehungen Polens zum Osten ist die Rußlandpolitik im engeren Sinne. Prinzipiell war das demokratische Polen von Anfang an daran interessiert, die Entstehung eines stabilen, demokratischen, wirtschaftlich gefestigten, kurz: eines starken, aber nicht expansionistischen Rußland zu unterstützen.<sup>15</sup> Die politischen und wirtschaftlichen Rückschläge in Rußland während der 90er Jahre schienen indessen in der polnischen Außen- und Ostpolitik Reserviertheit und Skepsis gegenüber dem Verlauf der Umgestaltung in Rußland zu bestätigen. Russischer Widerstand gegen die polnische NATO-Mitgliedschaft und bilaterale Querelen hatten zur Folge, daß im polnisch-russischen Verhältnis immer wieder Spannungen und Verstimmungen aufkamen. Initiativen, die auf eine Dynamisierung insbesondere der wirtschaftlichen Zusammenarbeit abzielten, brachten nie einen Durchbruch. Erst Ende der 90er Jahre deutete sich ein Umschwung an. Er hing unter anderem zusammen mit der Antizipation der angestrebten polnischen Rolle in der EU als wichtiger Faktor der europäischen Ostpolitik, mit einer Deemotionalisierung des beiderseitigen Verhältnisses nach der Aufnahme Polens in die NATO, mit dem neuen Verhältnis der NATO zu Rußland sowie mit reform- und stabilisierungspolitischen Fortschritten in Rußland in den letzten Jahren.<sup>16</sup>

In ihrer Gesamtheit bilden Ost-, Sicherheits- und Rußlandpolitik den Rahmen für Polens Beziehungen zur Ukraine. Dieser Rahmen ist vielfältigen Wandlungen unterworfen. Zu Beginn der 90er Jahre stand vor allem der Aspekt des Prometheismus im Vordergrund. Dieser wurde dann modifiziert und wird mittlerweile – nach einer Bilanz polnischer Möglichkeiten und ukrainischer Versäumnisse – grundsätzlich in Zweifel

gezogen.<sup>17</sup> Seit Polens Kursnahme auf die NATO ist die sicherheitspolitische An- bzw. Einbindung Polens in die euroatlantischen Strukturen eine wichtige Determinante der polnisch-ukrainischen Beziehungen. Sollte die Warmfront zwischen Warschau und Moskau Bestand haben, werden auch die neuen Beziehungen zu Rußland sich auf Polens politische Ziele gegenüber der Ukraine auswirken. Der durch diese drei großen Komplexe gebildete Rahmen der polnischen Ostpolitik wird demnächst um eine europäische Komponente erweitert.

<sup>15</sup> Vgl. Kai-Olaf Lang, Polens Beziehungen zu Rußland: Zwischen Argwohn und Zusammenarbeit, Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, November 2000 (Berichte des BIOst, Nr. 31/2000).

<sup>16</sup> Vgl. Kai-Olaf Lang, Ein neues polnisch-russisches Verhältnis? Putins Polenbesuch im Januar 2002, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Januar 2002 (SWP-Aktuell 1/02).

<sup>17</sup> Vgl. Diskussion in Tygodnik Powszechny zur polnischen Ostpolitik, initiiert durch Bartłomiej Sienkiewicz, Pochwała minimalizmu [Lob des Minimalismus], in: Tygodnik Powszechny 2000 (52/53). Dazu auch: Zdzisław Najder, Debata o polskiej polityce wschodniej [Die Debatte über die polnische Ostpolitik], in: Barbara Wizimirska (Hg.), Rocznik polskiej polityki zagranicznej 2001 [Jahrbuch der polnischen Außenpolitik 2001], Warszawa 2000, S. 293–301.

## Polen–Ukraine: Dimensionen der Zusammenarbeit

Nachdem Polen als weltweit erster Staat die Ukraine im Dezember 1991 diplomatisch anerkannt hatte und ausgehend vom Vertrag über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit aus dem Jahr 1992 rasch eine vertragliche »Infrastruktur«<sup>18</sup> für bilateralen Dialog und Kooperation gelegt war, entstand eine Vielzahl institutioneller Formen der bilateralen Kontakte, vor allem auf politischer und gouvernementaler Ebene (vgl. die Übersicht im Anhang). Ein Blick auf die unterschiedlichen Dimensionen der beiderseitigen Kontakte zeigt indessen, daß die Kooperationsdichte in einzelnen Feldern variiert.

### Unkenntnis, Ablehnung und Respekt – die gegenseitige Wahrnehmung

Nach wie vor sind fehlende Kenntnis und geringe Aufmerksamkeit für den Nachbarn kennzeichnend für die gegenseitige Wahrnehmung von Polen und Ukrainern. In der ersten systematischen Studie über das gegenseitige Image Polens und der Ukraine wird darauf hingewiesen, daß die Vorstellungen der Polen über die Ukraine – so wie die Wahrnehmung aller Nachbarn Polens – vor allem durch historische Erfahrungen bestimmt werden. Im heutigen polnischen Ukrainebild werde eine Reihe von Motiven manifest, deren Grundstruktur aus dem 19. Jahrhundert stamme – genauer gesagt aus dem polnischen Klassiker »Mit Feuer und Schwert«. Nicht zuletzt das Bewußtsein der kulturellen Überlegenheit und einer konflikträchtigen Nachbarschaft mit einer ebenso wie Polen, aber nicht notwendigerweise gemeinsam mit diesem um ihre Identität und Selbständigkeit kämpfenden Nation trügen zu einem vorwiegend negativen Ukraine-Stereotyp bei. Dieses habe sich durch die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs verfestigt, zumal die Ukraine danach aus dem Bewußtsein der Polen fast gänzlich verschwand und durch die Wahr-

nehmung im Rahmen der polnisch-sowjetischen Beziehungen ersetzt wurde.<sup>19</sup>

Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, welche Assoziationen die Polen mit der Ukraine in Verbindung bringen: historische (Zweiter Weltkrieg, UPA), meist negative bezüglich des ukrainischen Nationalcharakters (Intoleranz, Rücksichtslosigkeit) und wenig schmeichelhafte hinsichtlich der materiellen Lage (Armut, Rückständigkeit) des Landes. Insgesamt verspüren nur 12% der Polen Positives, wenn sie an die Ukraine denken. Im Einklang damit stehen auch die recht geringen Sympathiewerte der Ukrainer im Vergleich zu anderen Nationen. Auf einer 27 Nationalitäten umfassenden Sympathierangliste nehmen die Ukrainer den viertletzten Rang ein – noch hinter den in Polen wenig beliebten Russen. Gleichzeitig verfügen nur die wenigstens Polen über klare Vorstellungen darüber, welche Eigenschaften ein »typischer Ukrainer« aufweist.<sup>20</sup>

In der ukrainischen Wahrnehmung Polens und der Polen stehen positive und ablehnend-negative Elemente dicht nebeneinander. Einerseits gehören die Polen zu den am wenigsten beliebten Nationen.<sup>21</sup> Andererseits wird Polen vor allem als wirtschaftlich erfolgreicher und gut organisierter, dem Westen zugehöriger Nachbar wahrgenommen. Historische Fragen oder »ukrainefeindliche Verhaltensweisen« wecken indessen kaum noch Assoziationen. Dem Durchschnittspolen werden Eigenschaften zugeschrieben, die ihn vor allem als zuverlässigen Arbeiter und aktiven Unternehmer ausweisen (fleißig, modern, gebildet, effektiv), aber auch als guten Katholiken.

Mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit ist damit zu rechnen, daß die gegenseitige Wahrnehmung von Polen und Ukrainern auch künftig von einer

<sup>18</sup> So der Sekretär des polnischen Büros für nationale Sicherheit, Marek Siwiec, *Ukraina i Pol'sha: Pidsumovujučy dosjahnute* [Ukraine und Polen: Die Summe des Erreichten], in: *Dzerkalo tyžnja*, 2001 (32).

<sup>19</sup> Joanna Koniczna, *Polska–Ukraina. Wzajemny wizerunek* [Polen–Ukraine. Gegenseitige Wahrnehmung], Warszawa 2001, S. 5.

<sup>20</sup> Abgesehen von der Eigenschaft »neigt zu Alkoholmißbrauch« tendieren die meisten Polen dazu, Durchschnittswerte anzugeben; ebd., S. 31ff.

<sup>21</sup> Quelle: *Stosunek Polaków do innych narodów* [Das Verhältnis der Polen zu anderen Nationen], Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CBOS vom August 2001, [www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2001/KOM116/KOM116.HTM](http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2001/KOM116/KOM116.HTM).

Mischung aus geringer Kenntnis, wenig Sympathie, aber auch abnehmender Konfliktrichtigkeit geprägt sein wird. Auf absehbare Zeit werden daher die vor allem auf polnischer Seite präsenten Gefühle der Distanz und der Differenz dominieren.

Der für die Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine vielleicht wichtigste Befund, der aus der Stereotyp- und Perzeptionsforschung folgt, ist eine tendenzielle Rücknahme dezidierter Aversionen und Antipathien in der gegenseitigen Wahrnehmung.

Zu dieser Entwicklung dürfte einerseits der Umstand beigetragen haben, daß sich für beide Seiten die gegenseitigen Wirtschaftskontakte in den Vordergrund ihrer Erfahrungen geschoben haben, während früher die Fragen der Vergangenheit eine stärkere Rolle spielten. In Polen könnte insbesondere die gegenüber der Ukraine wohlwollende Berichterstattung in den Medien eine Rolle spielen.<sup>22</sup> Optimistisch sollte auch der Umstand stimmen, daß sowohl in Polen als auch in der Ukraine Aversionen gegenüber der anderen Seite in jüngeren Altersgruppen deutlich seltener anzutreffen sind als bei der älteren Generation.

Besondere Aufmerksamkeit muß indessen der geographischen Spezifik der gegenseitigen Wahrnehmung geschenkt werden. Negative und polenskeptische Einstellungen in der Ukraine treten vor allem im Westen auf, insbesondere in dem an Polen grenzenden Galizien. Auch in Polen sind vor allem im Südosten (Wojewodschaften Podkarpackie, Lubelskie, Małopolskie) die Ressentiments gegenüber der Ukraine und den Ukrainern überdurchschnittlich stark. Also die Region, in der historische Konflikte noch besonders aktuell sind, in der das interethnische und interkonfessionelle Zusammenleben nicht friktionslos verläuft und die von einer Vielzahl von Ukrainern aus kommerziellen Gründen besucht wird. Ohne anhaltende Klimaverbesserung an den wichtigen regionalen Schnittstellen zwischen beiden Ländern kann der Aussöhnungsprozeß erheblich beeinträchtigt werden. Andererseits stecken in der überdurchschnittlichen Offenheit für die andere Seite, etwa im nordwestlichen Polen oder in der Ost- und Südukraine, noch

<sup>22</sup> Dazu gehören ein geringes wirtschaftliches Entwicklungsniveau und unzureichender Fortschritt der Wirtschaftsreformen (dieser Ansicht sind 84% der befragten Angehörigen des politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Establishments in Polen) oder der geringe Lebensstandard der Bevölkerung (68%); vgl. Valery Chaly/Mykhail Pashkov, Ukraine's International Image: The View from Poland, in: National Security and Defence, (2000) 12, www.uceps.com.ua/eng/all/journal/2000\_12/html/.

ungenutzte Potentiale für die Verbesserung der Zusammenarbeit.

## Minderheiten: Brücke oder Hindernis?

Wie groß die polnische Minderheit in der Ukraine und die ukrainische Minderheit in Polen ist, läßt sich nur schwer abschätzen. Im Zuge der Zwangsaussiedlung »Aktion Weichsel« (Akcja Wisła) 1947 wurde ein Großteil der in Polen lebenden Ukrainer in alle Windrichtungen verstreut und assimilierte bzw. polonisierte sich in den Jahrzehnten nach dem Krieg.<sup>23</sup> Die Anzahl der polnischen Ukrainer wird auf 150 000 bis 300 000 geschätzt. Sie leben vorwiegend in den nördlichen Regionen Polens, wohin sie nach dem Krieg umsiedeln mußten, oder in den angestammten ukrainischen Siedlungsgebieten im polnischen Südosten (v.a. in der Gegend um Przemyśl). Bei der letzten sowjetischen Volkszählung aus dem Jahre 1989 bekannten sich in der Ukraine 220 000 Personen zum Polentum.<sup>24</sup> Die meisten polnischen Schätzungen liegen über dieser Zahl. Das Gros der polnischen Minderheit siedelt in und um Lemberg sowie in der Gegend von Żytomir.

In beiden Ländern sind seit Ende der 80er Jahre zahlreiche Organisationen dieser Minderheiten entstanden. Sie entwickeln rege gesellschaftliche, kulturelle, konfessionelle und publizistische Aktivitäten. In Polen gibt es lokale und regionale Sendungen auf Ukrainisch in Hörfunk und Fernsehen. Bereits Mitte der 90er Jahre wurde in 86 öffentlichen Einrich-

<sup>23</sup> Beziehungsweise wurde assimiliert und polonisiert, was auch das langfristige Ziel der Akcja Wisła war. Vgl. hierzu und zur Situation der polnischen bzw. ukrainischen Minderheit: Rościsław Żerelik, Mniejszość ukraińska w Polsce po II wojnie światowej [Die ukrainische Minderheit in der Polen nach dem 2. Weltkrieg], in: Zbigniew Kurcz (Hg.), Mniejszości narodowe w Polsce [Ethnische Minderheiten in Polen], Wrocław 1997; Edward Olszewski, Pogranicze polsko-ukraińskie po drugiej wojnie światowej. Polemiki i kontrowersje [Die polnisch-ukrainische Grenzregion nach dem 2. Weltkrieg. Polemik und Kontroverse], in: Jacek Ziemowit Pietraś/Andrzej Czarnocki (Hg.), Polityka narodowościowa państw Europy Środkowowschodniej [Nationalitätenpolitik der Staaten Ostmitteleuropas], Lublin 1993, S. 149–160; Bogumiła Berdychowska, Mniejszość ukraińska [Die ukrainische Minderheit], in: Bogumiła Berdychowska (Hg.), Mniejszości narodowe w Polsce. Praktyka po 1989 roku [Ethnische Minderheiten in Polen. Praxis bis 1989], Warszawa 1998.

<sup>24</sup> Vgl. Władysław Gill/Norbert Gill, Stosunki Polski z Ukrainą w latach 1989–1993 [Beziehungen Polens zur Ukraine in den Jahren 1989–1993], Toruń/Poznań 1994, hier S. 79f.

tungen vom Kindergarten bis zum Gymnasium die ukrainische Sprache gelehrt oder auf ukrainisch unterrichtet.<sup>25</sup> Schulunterricht für die polnische Minderheit gibt es auch in der Ukraine – das polnische Schulwesen umfaßt rund 90 Einrichtungen, allerdings existieren formell nur zwei polnische Schulen mit Polnisch als Unterrichtssprache.<sup>26</sup>

All diese Aspekte sind auch im polnisch-ukrainischen Nachbarschaftsvertrag von 1992 geregelt. Er enthält ein dezidiertes Bekenntnis zum Minderheitenschutz, das das Recht der Minderheiten auf ethnographische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität anerkennt, ein explizites Diskriminierungsverbot, aber auch das Loyalitätsgebot der Angehörigen der Minderheit gegenüber dem Staat, in dem sie leben (Art. 11). Aus polnischer Sicht waren die Nachbarschaftsverträge mit der Ukraine und den anderen östlichen Nachbarn ein zentrales Instrument des Engagements für die polnischen Minderheiten (die sog. Polonia) im Osten. Alle beinhalten analog konstruierte Regelungen über den Minderheitenschutz.<sup>27</sup>

Eines der vorrangigen Betätigungsfelder der Warschauer Politik gegenüber den im Ausland lebenden polnischen Minderheiten ist die Unterstützung der polnischen Sprache. Das Polentum jenseits der polnischen Ostgrenze definiert sich aber nur zu einem geringen Maße über die Sprache, viel stärker hingegen über sozial-kulturelle Kriterien und vor allem die Zugehörigkeit zum römisch-katholischen Glauben. Vertreter polnischer Minderheitenorganisationen in der Ukraine gehen davon aus, daß lediglich 10 bis 12% der in der Ukraine lebenden Polen sich regelmäßig des Polnischen bedienen. Da römisch-katholische Gottesdienste auch in ukrainischer Sprache abgehalten werden, ist für manche Mitglieder der polnischen Minderheit »selbst die römisch-katholische Kirche keine Bastion des Polentums mehr«.<sup>28</sup> Eine Herausfor-

derung wird für die polnische – wie auch für die ukrainische Politik – darin liegen, in Anbetracht eines neuen Grenzregimes ab Mitte 2003 die Kontakte der Minderheiten über die Staatsgrenzen hinweg aufrechtzuerhalten.

Obwohl die Aktivitäten der in Polen lebenden Ukrainer nach 1989 eine neue Dynamik erhielten und einige ihrer Forderungen von der polnischen Mehrheit aufgegriffen wurden, bestehen nach wie einige strittige Fragen. Diese hängen einerseits mit der Vergangenheit vor allem des 20. Jahrhunderts zusammen und betreffen etwa die Errichtung ukrainischer Denkmäler und Gedenkstätten für die Kämpfer der ukrainischen Aufstandsarmee (Freiheitskämpfer für die Ukrainer, Terroristen für die Polen). Große Fortschritte wurden hinsichtlich der Aufarbeitung der Aktion Weichsel gemacht. Gleichwohl regten sich nach Kwaśniewskis Entschuldigung vom Frühjahr 2002 Stimmen der Kritik, die Vertreibung der Ukrainer sei in den damaligen Verhältnissen durchaus gerechtfertigt gewesen. Gleichzeitig gehen die Postulate der ukrainischen Minderheit über symbolische Gesten hinaus. So möchte man, daß die vermögensrechtlichen Konsequenzen der Aktion rückgängig gemacht werden, Personen, die inhaftiert wurden, sollen den Status von Widerstandskämpfern erhalten.<sup>29</sup> Spannungen wurden auch immer wieder durch Streitigkeiten mit konfessionellem Hintergrund ausgelöst (v.a. römisch-katholische polnische Mehrheit vs. griechisch-katholische ukrainische Minderheit), wie sie in den Auseinandersetzungen um die Karmeliterkirche in Przemyśl ihren sichtbarsten Ausdruck fanden (die römisch-katholische Kirche widersetzt sich der von den ukrainischen Griechisch-Katholiken erhobenen Forderung nach Rückgabe).

Welche Rolle die Minderheiten mit Bezug auf das polnisch-ukrainische Verhältnis spielen werden, läßt sich nicht eindeutig abschätzen. Die von ihnen angestrebte »Brückenfunktion« zwischen beiden Ländern können sie nur wahrnehmen, wenn sie ihr Verhältnis zur Mehrheit regeln und wenn diese bereit ist, auf die Offerten der Minderheit einzugehen. Prekär ist insbesondere die Minderheitensituation im jeweiligen

<sup>25</sup> *Berdychowska*, *Mniejszość ukraińska* (Anm. 23), S. 166.

<sup>26</sup> Diese befinden sich in Lemberg, sie bestanden bereits in sowjetischer Zeit, vgl. *Szkolnictwo polskie na Ukrainie* [Das polnische Schulwesen in der Ukraine], [www.wspolnotapolska.org.pl/pol/biuletyn/2000/wrzesien/szkola.htm](http://www.wspolnotapolska.org.pl/pol/biuletyn/2000/wrzesien/szkola.htm).

<sup>27</sup> *Tomasz Gąsowski*, *III Rzeczpospolita wobec Polaków na Wschodzie* [Die 3. Republik und die Polen im Osten], in: *Tomasz Gąsowski* (Hg.), *Państwo polskie wobec Polaków na Wschodzie* [Der polnische Staat und die Polen im Osten], Kraków 2000, S. 94–104 (99).

<sup>28</sup> Vgl. *Szkolnictwo polskie na Ukrainie* (Anm. 26); und Bericht der Vorsitzenden der Föderation Polnischer Organisationen in der Ukraine vor den Mitgliedern des mit Fragen der Auslandspolen befaßten Ausschusses des polnischen Senats, *Diariusz Senatu RP. Z prac komisji senackich 17 marca 1998 r.*

[Diarium des Senats der Republik Polen. Aus der Arbeit der Senatskommissionen 17.3.1998], <http://www.senat.gov.pl/K4/DOK/DIAR/11/1107.HTM#ksep>.

<sup>29</sup> 1991 wurde im Sejm ein Gesetzesvorhaben diskutiert, das die Rückgabe von Eigentum aus der Akcja Wisła regeln sollte. Es wurde allerdings nicht verabschiedet. Zwischenzeitlich wird angestrebt, die Rückgabefrage im Rahmen eines allgemeinen Reprivatisierungsgesetzes zu lösen.

regionalen Bezug – in Südostpolen und in der Westukraine, wo sich historisch begründete Aversionen teilweise bis heute gehalten haben. Dazu kommt, daß – zumindest hinsichtlich der Ukrainer in Polen – das Image der Minderheit denkbar schlecht ist. Nur die Angehörigen der jüdischen und der Roma-Minderheit sind weniger beliebt als die polnischen Ukrainer.<sup>30</sup> Positiv ist, daß trotz phasenweiser Unstimmigkeiten die Repräsentanten der Minderheitenorganisationen bislang nie auf einen Konfrontationskurs einschwenkten, sondern immer den Dialog mit der anderen Seite suchten. Solche Teilweise erscheint die ukrainische Minderheit dialogbereiter als die offizielle ukrainische Politik.<sup>31</sup> Allerdings ist die Prägekraft der Minoritäten für die bilateralen Beziehungen aufgrund ihres relativen Gewichts (jeweils nur etwa 0,5 bis 1% der Gesamtbevölkerung) ohnehin eingeschränkt.

## Schwierige Aussöhnung

Polen und die Ukraine blicken auf sehr wechselvolle Perioden ihrer gemeinsamen Geschichte zurück.<sup>32</sup> Nicht zuletzt im 20. Jahrhundert schlugen Phasen voller Spannungen, Konflikte und blutiger Auseinandersetzungen tiefe Wunden, die auch nach dem politischen und gesellschaftlichen Umbruch Ende der 80er Jahre nicht vollends vernarbt waren. Themen wie die Grenzziehung nach den Weltkriegen, die Stellung der ukrainischen Minderheit im Zwischenkriegspolen, der »polnisch-ukrainische Krieg« der Jahre 1943–1947 oder die Zwangsausiedlung von etwa 150 000 Ukrainern aus Südostpolen im Rahmen der Aktion

Weichsel spielten zwangsläufig eine hervorgehobene Rolle im Dialog zwischen beiden Ländern.

Nicht zuletzt politische Signale trugen dazu bei, die Debatte über die gemeinsame Vergangenheit in einen langwierigen und schwierigen Aussöhnungsprozeß umzuwandeln. Bereits im August 1990 verurteilte der polnische Senat die Aktion Weichsel.<sup>33</sup> Im »Vertrag über gute Nachbarschaft, freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit« vom 18. Mai 1992, als »rechtliche Basis für die Entfaltung der bilateralen Beziehungen in allen Bereichen« angesehen,<sup>34</sup> verzichteten beide Seiten unter anderem auf jegliche territorialen Ansprüche. Wichtige Akzente setzten die Staatspräsidenten. Im Mai 1997 unterzeichneten Aleksander Kwaśniewski und Leonid Kučma eine »Gemeinsame Erklärung der Präsidenten der Republik Polen und der Ukraine über Verständigung und Versöhnung« beider Völker. In dieser wird auf die vielen tragischen Kapitel in der beiderseitigen Geschichte Bezug genommen, gleichzeitig aber auch auf die positiven Aspekte des polnisch-ukrainischen Miteinanders verwiesen und dazu aufgerufen, vor allem die künftige Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen im Auge zu behalten: »Erinnern wir uns an die Vergangenheit, aber denken wir über die Zukunft nach!«<sup>35</sup> Im Mai 1998 wurde im Beisein der beiden Staatsoberhäupter ein Denkmal für die Opfer des Arbeitslagers im schlesischen Jaworzno enthüllt, in dem eine Vielzahl ukrainischer Häftlinge ums Leben kam. Im selben Jahr legten Kwaśniewski und Kučma bei Charkow den Grundstein für einen polnisch-ukrainischen Friedhof für die Opfer des Totalitarismus.

Polnische und ukrainische Historiker haben sich auf einer Vielzahl gemeinsamer Veranstaltungen und in zahlreichen Publikationen mit den Geschehnissen insbesondere während des 20. Jahrhunderts auseinandergesetzt. Als sich die Akcja Wisła im Frühjahr

**30** CBOS (Zentrum für Meinungsumfragen), Stosunek do mniejszości narodowych [Einstellung zu ethnischen Minderheiten], Komunikat nr 2192, Warszawa, 9.9.1999, [www.cbos.pl/SPISKOM.POL/1999/KOM138/KOM138.HTM](http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/1999/KOM138/KOM138.HTM).

**31** So schlug der Vorsitzende des Bundes der Ukrainer in Polen während einer Konferenz zum 55. Jahrestag der Akcja Wisła die Schaffung eines polnisch-ukrainischen Zentrums für Erinnerung und Versöhnung vor; Krzywdy wciąż niewypowiedziane [Das Unrecht, über das noch immer nicht gesprochen wird], in: RP, 22.4.2002.

**32** Vgl. u.a.: Józef Darski, Ukraina. Historia, współczesność, konflikty narodowe [Ukraine. Geschichte, Gegenwart, ethnische Konflikte], Warszawa 1993; Tadeusz A. Olszański, Historia Ukrainy XX wieku [Geschichte der Ukraine im 20. Jahrhundert], Warszawa 1994; Michał Jagiełło, Partnerstwo dla przyszłości: szkice o polityce wschodniej i mniejszościach narodowych [Partnerschaft für die Zukunft: Skizzen zur Ostpolitik und zu ethnischen Minderheiten], Warszawa 2000, S. 225–303.

**33** Vgl. hierzu und zu den polnisch-ukrainischen Beziehungen der frühen 90er Jahre Gill/Gill, Stosunki Polski z Ukrainą w latach 1989–1993 (Anm. 24).

**34** Mirosław Cieślak, Stosunki polsko-ukraińskie [Die polnisch-ukrainischen Beziehungen], in: Barbara Wizimirska (Hg.), Rocznik polskiej polityki zagranicznej 1992 [Jahrbuch der polnischen Außenpolitik 1992], Warszawa 1994, S. 135–144 (136). Der Wortlauf des Vertrags ist abgedruckt in Gill/Gill, Stosunki Polski z Ukrainą w latach 1989–1993 (Anm. 24), S. 104–111.

**35** Wspólne oświadczenie Prezydentów RP i Ukrainy o porozumieniu i pojednaniu [Gemeinsame Erklärung der Präsidenten der Republik Polen und der Ukraine über Verständigung und Versöhnung], in: RP, 22.5.1997.



2002 zum 55. Mal jährte, organisierte das polnische Institut für Nationale Erinnerung (IPN) eine große Konferenz über die Umstände und Folgen der Vertreibungsaktion, auf der darüber diskutiert wurde, wie dieses Thema in den Schulbüchern dargestellt werden soll.<sup>36</sup> In einem Brief an die Teilnehmer der Konferenz verurteilte Präsident Kwaśniewski die gesamte Aktion, wobei er den Gedanken verwarf, das Vorgehen der polnischen Behörden sei aufgrund vorausgegangener Verbrechen der ukrainischen Seite erfolgt. Da sich die Akcja Wisła gegen die gesamte ukrainische Gemeinschaft gerichtet habe, sei das Prinzip der »kollektiven Verantwortlichkeit« zur Anwendung gekommen, »für das es kein Einverständnis geben sollte und geben kann.«<sup>37</sup>

Die Vorstöße aus der offiziellen Politik und Wissenschaft finden auf gesellschaftlicher Ebene nicht immer uneingeschränkten Rückhalt. Allerdings ist zu unterscheiden zwischen den natürlichen und legitimen Positionsdifferenzen und Meinungsverschiedenheiten, die im Zuge einer (zwangsläufig verspäteten) gemeinsamen Aufarbeitung problematischer Abschnitte der beiderseitigen Vergangenheit unweigerlich auftauchen, und nationalistisch unterlegten Verweigerungshaltungen, die ein ernstes Hindernis für die Aussöhnung beider Länder darstellen können. In letztere Kategorie gehört die Auseinandersetzung um die Eröffnung eines polnischen Ehrenfriedhofs im westukrainischen Lemberg, auf dem die polnischen Verteidiger der Stadt aus dem Jahr 1918 beerdigt sind (pl. Cmentarz Orłąt). Obwohl sich die Staatspräsidenten nach jahrelangem Hin und Her Anfang 2002 auf einen Termin für die Einweihung des Friedhofs geeinigt hatten, konnte die Zeremonie wegen eines Beschlusses des Stadtrates von Lemberg und die darauf erfolgte Weigerung des polnischen Präsidenten, an den Eröffnungsfeierlichkeiten teilzunehmen, nicht stattfinden.<sup>38</sup> Die Sabotage dieses symbolträchtigen Aktes durch ein lokales Selbstverwaltungsorgan bzw. durch die politischen Kräfteverhältnisse und

<sup>36</sup> Letzterer Problematik nimmt sich auch die polnisch-ukrainische Schulbuchkommission an.

<sup>37</sup> List Prezydenta RP do uczestników konferencji naukowej poświęconej akcji »Wisła« [Brief des Präsidenten der Republik Polen an die Teilnehmer der wissenschaftlichen Konferenz über die Aktion »Weichsel«], 28.4.2002, [www.prezydent.pl](http://www.prezydent.pl).

<sup>38</sup> Kernpunkt der Auseinandersetzung ist eine Inschrift auf der Gedenktafel, auf der nach polnischen Vorstellungen die polnischen Kämpfer als »heldenhaft« bezeichnet werden sollen. Dies wird vom Lemberger Stadtrat abgelehnt. Vgl. zur Entwicklung des Streits: Orłęta niezgody [Friedhof der Zwietracht], in: Wprost, 26.5.2002.

Stimmungslage in der Hochburg des ukrainischen Nationalbewußtseins führten zu einer heftigen Diskussion in beiden Ländern, in der nicht wenige Teilnehmer ihre Besorgnis über den Stand der bilateralen Beziehungen ausdrückten. Sichtbar wurde im Zusammenhang mit dem Streit, daß sich auf beiden Seiten vor allem im NGO-Sektor und im intellektuellen Milieu eine zwar schwache, aber nicht zu überhörende »versöhnungsorientierte« Schicht gebildet hat.<sup>39</sup> Gleichzeitig zeigte sich, daß sich zumindest auf ukrainischer Seite die lokalen bzw. regionalen Verhaltensweisen und Zielsetzungen gegenüber den Vorgaben der Zentrale durchsetzen und somit ein Stör- und Blockadepotential für die zwischenstaatlichen Beziehungen darstellen. Unverkennbar ist, daß sich um Probleme, die in der Vergangenheit wurzeln, Kontroversen entwickeln können, welche zu substantiellen Friktionen in der Gegenwart führen.<sup>40</sup> Ungeachtet der Erfolge, welche durch politischen Gesten, gemeinsame Arbeit polnischer und ukrainischer Historiker und eine Vielzahl gesellschaftlich-kultureller Kontakte erreicht wurden, kann folglich nicht ausgeschlossen werden, daß auf absehbare Zeit unterschiedliche Betrachtungsweisen der Vergangenheit so wirkungsmächtig werden, daß sie die bilaterale Kooperation nennenswert belasten können.

<sup>39</sup> Diese meldete sich in Lemberg in einem Appell an die Staatspräsidenten zu Wort, den Friedhof ungeachtet der lokalen Proteste zu eröffnen. In Polen wurde in den größten Tageszeitungen ein von mehreren Dutzend Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterzeichneter offener Brief an die Ukrainer und Polen guten Willens in der Angelegenheit des Cmentarz Orłąt abgedruckt; List otwarty do Ukraińców i Polaków dobrej woli w sprawie Cmentarza Orłąt [Offener Brief an Ukrainer und Polen, die guten Willens sind, in der Angelegenheit Cmentarz Orłąt], in: RP, 18.7.2002.

<sup>40</sup> Erwähnt sei, daß ukrainische Nationalisten im Sommer 2002 auch vorschlugen, unter anderem die Überreste der Anführer der radikal-nationalistischen und anti-polnischen Organisationen OUN und UPA aus der Zwischenkriegs- und Kriegszeit, Konowalec und Bandera, in die Ukraine zu überführen bzw. OUN und UPA als Widerstandsgruppen zu deklarieren, um ihnen »historische Gerechtigkeit« wiederfahren zu lassen. Diese Initiative hat zwar kaum Aussichten auf Erfolg, wurde aber von den polnischen Medien durchaus beachtet; Ukraina wybiera bohaterów [Die Ukraine wählt ihre Helden], in: RP, 27.7.2002.

## Sicherheitspolitische und militärische Kooperation

In Fragen der sicherheitspolitischen Organisation Europas tauchten bislang keine fundamentalen Differenzen zwischen Warschau und Kiew auf. Insbesondere Polens sicherheitspolitisches Kardinalziel, die Erlangung der NATO-Mitgliedschaft, die lange Zeit die Beziehungen zu Rußland belastete, wurde von der Ukraine rasch akzeptiert. Vorbehalte Kiews wurden nach polnischer Lesart vor allem durch die Mitwirkung der Ukraine im »Partnership for Peace«-Rahmen abgebaut.<sup>41</sup> In Warschau konnte man in der zweiten Hälfte der 90er Jahre daher zu Recht konstatieren, daß es zwar in der Ukraine »entschieden skeptische Äußerungen« gegen eine Ausdehnung der NATO gebe, daß man in Kiew aber weder »das Recht der NATO, sich zu erweitern« noch »die Freiheit der Länder, die sich um eine Mitgliedschaft bemühen« negiere.<sup>42</sup> Der vielleicht sichtbarste Meinungsunterschied betraf die ukrainischen Pläne, eine atomwaffenfreie Zone in Ostmitteleuropa zu bilden.<sup>43</sup> Durch die im Zuge der Aufnahme Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns getroffenen restriktiven Regelungen über die Stationierung von Nuklearwaffen auf dem Territorium der Neumitglieder verlor diese Frage aber bald an Bedeutung.

Die Schwerpunkte der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit Polens mit und seines Engagements für die Ukraine liegen auf drei Ebenen: im Rahmen der NATO und ihrer Kooperationsstrukturen, bilateral und gegenüber der EU.<sup>44</sup>

### Polen-Ukraine-NATO

Polen unterstützte im Zusammenhang mit der ersten Runde der NATO-Erweiterung und der Diskussion über die Stellung Rußlands zum Bündnis frühzeitig die

<sup>41</sup> Tadeusz Chabiera, Status dla Ukrainy [Ein Status für die Ukraine], in: Marek Calka (Hg.), Polska i Ukraina w latach dziewięćdziesiątych. Podstawy i płaszczyzny współpracy [Polen und die Ukraine in den 90er Jahren. Grundlagen und Ebenen der Zusammenarbeit], Warszawa 1997, S. 7–22 (11).

<sup>42</sup> Aldona Chojnowska, Stosunki z Ukrainą [Die Beziehungen zu der Ukraine], in: Barbara Wizimirska (Hg.), Rocznik polskiej polityki zagranicznej 1997 [Jahrbuch der polnischen Außenpolitik 1997], www.qdnet.pl/warecka/rocznik/1997/1997.html.

<sup>43</sup> Ebd.

<sup>44</sup> Überdies ist an Polens Einsatz für einen ukrainischen Sitz im Sicherheitsrat der UN und die Zusammenarbeit im Rahmen der OSZE zu denken.

Idee, der Ukraine einen besonderen Status gegenüber der Allianz einzuräumen, der sich später in der NATO-Ukraine-Grundakte niederschlug. Als NATO-Mitglied profiliert sich Polen konsequent als Befürworter einer nachhaltigen und vertieften Anbindung der Ukraine an die Allianz, als Promotor der Kooperation mit der Ukraine in der Allianz.<sup>45</sup> Im Einklang hiermit findet sich etwa in der polnischen Sicherheitsstrategie ein Passus, demzufolge Polen die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Ukraine und die Unterstützung der ukrainischen Reformen durch die Allianz als einen der »wesentlichsten Faktoren der Sicherheitssituation in Europa« betrachtet.<sup>46</sup> Der scheidende polnische NATO-Botschafter Towpik erklärte, er halte es für den größten Erfolg der polnischen Bemühungen in der NATO, daß die Bündnispartner die Kontakte zur Ukraine nicht vernachlässigt hätten.<sup>47</sup>

Polens sicherheitspolitische Erwägungen hinsichtlich der Ukraine werden nach dem 11. September 2001 nicht zuletzt dadurch geprägt, eine Abwertung des Gewichts der Ukraine vor dem Hintergrund der intensivierten Beziehungen der NATO zu Rußland zu verhindern: Die Ukraine soll nicht auf dem Altar der Verständigung mit Rußland geopfert werden.<sup>48</sup> Aus den Äußerungen des polnischen Regierungschefs und des Verteidigungsministers in Brüssel Ende 2001 ging klar hervor, daß Polen zwar einer Annäherung Rußlands an die Allianz zustimmen wird, sich jedoch dafür einsetzt, daß parallel hierzu auch eine ähnliche Intensivierung des Verhältnisses zur Ukraine erfolgt.<sup>49</sup> Polen trat daher ausdrücklich dafür ein, daß die Ukraine auf den Prager Gipfel eingeladen wird.<sup>50</sup> Vor

<sup>45</sup> So Außenminister Geremek auf der Sitzung der NATO-Ukraine-Kommission im Dezember 1999, <http://www.ms.gov.pl/english/nato/nuc.html>.

<sup>46</sup> Strategia bezpieczeństwa RP (przyjęta na posiedzeniu Rady Ministrów w dniu 4 stycznia 2000 roku) [Sicherheitsstrategie der Republik Polen], [www.wp.mil.pl/bezpieczenstwo/3\\_1\\_2\\_n.htm](http://www.wp.mil.pl/bezpieczenstwo/3_1_2_n.htm)

<sup>47</sup> Bilans Polski w NATO [Polens Bilanz in der Nato], in: Gazeta Wyborcza (GW), 30.1.2002.

<sup>48</sup> Los Ukrainy i inne obawy [Das Schicksal der Ukraine und andere Befürchtungen], in: RP, 28.5.2002.

<sup>49</sup> Polska ostrożnie popiera [Polen gewährt vorsichtig Unterstützung], in: RP, 6.12.2001; Będziemy pragmatyczni [Wir werden pragmatisch sein], in: GW, 20.12.2001.

<sup>50</sup> Informacja Ministra Spraw Zagranicznych RP Włodzimierza Cimoszewicza o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej (przedstawiona na 16. Posiedzeniu Sejmu w dniu 14 marca 2002 roku) [Information des Außenministers Cimoszewicz über die Ausrichtung der Außenpolitik], [http://](http://www.msz.gov.pl/english/nato/nuc.html)

dem Hintergrund des konkret Gestalt annehmenden neuen Verhältnisses NATO–Rußland konnte im Frühjahr von polnischer Seite ein Teilerfolg erzielt werden. Außenminister Cimoszewicz heftete es sich ans Revers, daß ins Schlußkommuniqué des NATO-Gipfels von Reykjavik die Passage aufgenommen wurde: »We note Ukraine's strong determination to pursue full Euro-Atlantic integration.«<sup>51</sup> In der Interpretation Cimoszewicz' bedeutet diese Formulierung, daß die NATO die Möglichkeit einer künftigen ukrainischen Mitgliedschaft grundsätzlich akzeptiert.<sup>52</sup> Verteidigungsminister Szmajdzinski hatte bereits vorher »einen gewissen Fortschritt« bei der Zusammenarbeit der NATO mit der Ukraine festgestellt, da Polen mit seinem Engagement für die Ukraine nicht allein dastehe.<sup>53</sup> In Anbetracht dieser Bemühungen nahm das offizielle Polen den von der Ukraine förmlich vorgetragenen Wunsch nach Mitgliedschaft in der Allianz grundsätzlich positiv auf, ohne jedoch für eine rasche Aufnahme der Ukraine zu plädieren.<sup>54</sup> Der Chef des polnischen Nationalen Sicherheitsbüros, Marek Siwiec, sprach zwar von einer Unterstützung der ukrainischen Entscheidung für eine künftige NATO-Mitgliedschaft, wies aber gleichzeitig darauf hin, daß die Ukraine »vornehmlich im eigenen Land noch sehr schwer arbeiten« müsse und nachzuweisen habe, daß sie »eine gut funktionierende Demokratie aufgebaut« habe.<sup>55</sup> Da in polnischen Fachkreisen sowie

unter Militärs bereits hinsichtlich der Konsequenzen der anstehenden zweiten NATO-Erweiterung für Kohäsion, Charakter und Handlungsfähigkeit des Bündnisses Skepsis herrscht,<sup>56</sup> ist davon auszugehen, daß man in Warschau – trotz offiziell beteuertem Sukkurs – die ukrainischen NATO-Aspirationen auch in Zukunft eher mit gedämpftem Enthusiasmus begleitet. Im Rahmen der Formel »Aktivitäten für eine Integration der Ukraine in die euroatlantischen Institutionen«<sup>57</sup> wird man eher eine stufenweise und umsichtige Heranführung an das Bündnis favorisieren.

Ein Teil der Kontakte zwischen den polnischen und ukrainischen Streitkräften vollzieht sich im Rahmen der PFP, so etwa in den regelmäßigen Manövern Peace Shield oder (unter britischer Beteiligung) Cossack Steppe. Auch die Anfang 2001 unterzeichneten langfristigen Ziele der Zusammenarbeit zwischen den beiden Verteidigungsministerien wurden ausdrücklich »in den Rahmen der Partnership for Peace« gestellt. Sie sehen einen Ausbau des militärisch-politischen Dialogs, der militärischen und der militärisch-technischen Kooperation vor.<sup>58</sup> Im Jahr 2002 sollen die polnischen und ukrainischen Streitkräfte 48 gemeinsame Vorhaben umsetzen.<sup>59</sup> Anzumerken ist allerdings, daß durchaus noch Reserven in der Zusammenarbeit mit dem östlichen Nachbarn bestehen: Das polnische Verteidigungsministerium realisiert lediglich 7% seiner bilateralen Kooperationsinitiativen mit der Ukraine.<sup>60</sup>

[www.msz.gov.pl/MSZ/Minister/Minister\\_powiedzial/show.php?id=2002\\_03\\_14\\_01](http://www.msz.gov.pl/MSZ/Minister/Minister_powiedzial/show.php?id=2002_03_14_01).

<sup>51</sup> Final Communiqué, Ministerial Meeting of the North Atlantic Council Held In Reykjavik on 14 May 2002, <http://www.nato.int/docu/pr/2002/p02-059e.htm>.

<sup>52</sup> Spotkanie NATO w Islandii. Ukraina daleka od NATO [Das Nato-Treffen in Island: Die Ukraine ist von der Nato weit entfernt], in: *GW*, 16.5.2002.

<sup>53</sup> So werde der Vorschlag der Ukraine für den Prager Gipfel, nämlich eine neue »Charta der verstärkten Zusammenarbeit« zu unterschreiben, von einigen Mitgliedsländern (Polen, Türkei, Kanada) unterstützt, von anderen vorsichtig akzeptiert, jedoch von niemandem abgelehnt; *Polityka otwartych drzwi. Modernizacja albo marginalizacja* [Politik der offenen Tür. Modernisierung oder Marginalisierung], in: *RP*, 18.4.2002.

<sup>54</sup> Auf dem Treffen der NATO-Aspiranten in Riga erklärte der polnische Staatspräsident Kwaśniewski: »With all seriousness we are considering the vision of Ukrainian membership in the Alliance. This country has a huge potential of defence industry, which can be an important element complementing NATO's defence capabilities.« <http://www.rigasummit.lv/en/index.html?id=125>

<sup>55</sup> Interview mit Marek Siwiec im polnischen Hörfunk vom 31.5.2002, *Cmentarz Orląt i Sojusz NATO-Rosja* [Cmentarz Orląt und das Nato-Rußland-Bündnis], <http://www.radio.com.pl/jedynka/sygnaly/default.asp?ivID=337>.

### **POLUKRBAT – Vorzeigeprojekt der sicherheitspolitischen Kooperation**

Das bisher wichtigste bilaterale Kooperationsprojekt militärischer Natur ist das für friedensunterstützende Einsätze und multinationale Krisenbewältigung vorgesehene Polnisch-Ukrainische Bataillon (POLUKRBAT), das im Juni 2000 voll einsatzfähig wurde.<sup>61</sup> Aus Einheiten der 14. Panzerdivision der Polnischen

<sup>56</sup> Janusz Onyszkiewicz/Olaf Osica, *Nowe NATO* [Die neue NATO], in: *Polska Zbrojna*, (9.6.2002) 23.

<sup>57</sup> Informacja Ministra Spraw Zagranicznych RP Włodzimierza Cimoszewicza (Anm. 50).

<sup>58</sup> Eine Idee ist etwa die gemeinsame Modernisierung von Kampfflugzeugen vom Typ MiG-29 und Su-22 und von Hubschraubern vom Typ Mi-24; *PAP*, 23.1.2001.

<sup>59</sup> [www.wp.mil.pl/bezpieczenstwo/3\\_3\\_1\\_n.htm](http://www.wp.mil.pl/bezpieczenstwo/3_3_1_n.htm).

<sup>60</sup> *Budowanie mostu* [Brückenschlag], in: *Polska Zbrojna*, (14.7.2002) 28.

<sup>61</sup> *Polско-Ukraiński Batalion Sił Pokojowych BATALION*, [www.wp.mil.pl/bezpieczenstwo/3\\_2\\_3\\_n.htm](http://www.wp.mil.pl/bezpieczenstwo/3_2_3_n.htm).

Armee aus Przemyśl und des ukrainischen 310. Mechanisierten Regiments aus Javoriv zusammengesetzt, zählt es rund 750 Soldaten (davon 391 polnische). Gemäß dem Abkommen zu seiner Aufstellung vom November 1997 kann das POLUKRBAT zur Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen oder im Rahmen internationaler Kräfte eingesetzt werden, die im Konsens vom UN-Sicherheitsrat aufgestellt wurden. Seine erste Bewährungsprobe erlebte das Bataillon im Rahmen der KFOR: Seit Juli 2000 ist ein polnisch-ukrainisches Kontingent – verstärkt durch einen litauischen Zug – im amerikanischen Sektor stationiert. Zur Verbesserung der Projektionsfähigkeit des POLUKRBAT wird von polnischer Seite die Bildung einer gemeinsamen Lufttransporteinheit bestehend aus dem 13. Polnischen Lufttransportgeschwader in Krakau und dem 243. ukrainischen Lufttransportregiment in Lemberg angestrebt. Hierdurch hoffen die polnischen Streitkräfte, das Transportflugzeug An-12 und mittelfristig auch die schwerere An-70 nutzen zu können.<sup>62</sup>

Trotz einer Vielzahl von Kontakten zwischen den verteidigungspolitischen und militärischen Führungen sowie der Teilstreitkräfte ist ein gewisses Ungleichgewicht im Engagement der beiden Seiten zu erkennen. So wurden nach polnischem Dafürhalten mehrere Kooperationsofferten im Bereich der Offiziersausbildung, der Verteidigungsplanung oder Sicherheits- und Verteidigungsstrategie von der ukrainischen Seite nicht aufgegriffen.

### Heranführung an die ESVP?

Eine erst ansatzweise sichtbare Kooperationsebene stellt die sicherheits- und verteidigungspolitische Dimension der Europäischen Union dar. Auf dem Treffen der EU-Verteidigungsminister und ihrer Kollegen aus den NATO-Mitgliedstaaten, die nicht in der EU sind, sowie den EU-Kandidatenländern im Mai 2001 unterbreitete der damalige polnische Verteidigungsminister Komorowski den Vorschlag, in den polnischen Beitrag zum »European Headline Goal« eine ukrainische Komponente einzubinden. Zu Polens Rahmenbrigade (sie soll 1500–2500 Soldaten umfassen) soll ein ukrainisches Bataillon in Stärke von 750 Soldaten kommen. Durch Polen, so die Vorstellung

Komorowskis, solle das Territorium der EU-Kooperation mit Drittstaaten ausgeweitet werden. Hinter der polnischen Initiative stand die Idee, neben den Dialog der EU mit Rußland auch eine »spezielle Plattform des Dialogs und des Zusammenwirkens der Union mit der Ukraine« zu stellen.<sup>63</sup> In Kiew steht man diesem Ansinnen positiv gegenüber, bietet es doch die Möglichkeit, die Ukraine an das europäische Schlüsselprojekt ESVP heranzuführen und generell durch vertiefte sicherheitspolitische, militärische und rüstungstechnologische Kooperation Anschluß an Europas Außen- und Sicherheitspolitik zu bekommen.<sup>64</sup>

Allerdings kommt die Konkretisierung dieses Unterfangens bislang nur mühsam voran. Nicht zuletzt eine gewisse Reserviertheit in Brüssel dürfte dazu beigetragen haben, daß die Einbeziehung ukrainischer Truppenteile in Polens künftigen ESVP-Beitrag mittlerweile auch nach Ansicht polnischer Regierungsvertreter verfrüht wäre.<sup>65</sup> Der im polnischen Außenministerium mit der ESVP betraute Unterstaatssekretär Dąbrowa äußerte sich im Juni 2002 äußerst zurückhaltend. Bei dem Treffen der polnischen und ukrainischen Regierungschefs im südostpolnischen Rzeszów sei diese Frage von keiner Seite angesprochen worden, und wenn es auch einige Aktivitäten zwischen den Verteidigungsministerien gebe, werde das Thema auf politischer Ebene nicht aufgegriffen.<sup>66</sup> Optimistischer hatten sich noch im Frühjahr Verteidigungsminister Szmajdziński und sein ukrainischer Amtskollege geäußert.<sup>67</sup> Die Idee einer Einbindung ukrainischer Einheiten in Polens ESVP-Einheiten wird in Warschau offensichtlich momentan nicht mit Nachdruck verfolgt.

<sup>63</sup> PAP, 16.5.2001; Bez rozstrzygnięcia [Ohne Entscheidung], in: Polska Zbrojna, (20.5.2001) 21.

<sup>64</sup> Vgl. Anatolij Zlenko, My napol'jagajemo na vidkrytosti Al'jansu dlja vsich evropejs'kich deržav [Wir verlassen uns auf die Öffnung der Allianz gegenüber allen europäischen Staaten], in: Den', 7.12.2001.

<sup>65</sup> Der ukrainische Außenminister Zlenko hatte hingegen noch im Dezember erklärt, während des Gipfels EU–Ukraine habe Brüssel Unterstützung für dieses Vorhaben signalisiert (ebd.).

<sup>66</sup> Biuletyn nr. 644/IV Komisja: Komisja Europejska /nr 49/ Komisja Obrony Narodowej /nr 26/ Komisja Spraw Zagranicznych /nr 30 [Gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Europapolitik, Verteidigungspolitik und Auswärtige Angelegenheiten des Sejm vom 4.6.2002], www.sejm.gov.pl.

<sup>67</sup> Information des polnischen Verteidigungsministeriums vom 28.3.2002, www.wp.gov.pl.

<sup>62</sup> Transportowe nadzieje [Hoffnungen beim Transport], in: Polska Zbrojna, (28.7.2002) 30.

## Reserven in den Wirtschaftskontakten

### Ausbaufähiger Handel

Mit einem Volumen von knapp 1,5 Mrd. US-Dollar befindet sich der offiziell erfaßte polnisch-ukrainische Handel gegenwärtig auf einem Niveau, das zumindest als deutlich ausbaufähig bezeichnet werden kann. Ausgehend von einem äußerst eingeschränkten Handelsaustausch zu Beginn der 90er Jahre, konnte zwischen 1992 und 1997 ein starker Anstieg des bilateralen Handelsvolumens verbucht werden. Infolge einer Erhöhung des Wertes der polnischen Ausfuhren in die Ukraine von 162 Mio. US-Dollar auf 1,2 Mrd. avancierte der östliche Nachbar in dieser Zeit zum siebtwichtigsten Absatzmarkt für polnische Güter. Bei nur verhältnismäßig langsam zunehmenden ukrainischen Ausfuhren ergab sich – im Gegensatz etwa zum chronisch defizitären Handel mit Rußland – aus polnischer Sicht ein beachtlicher bilateraler Außenhandelsüberschuß. Als die Ukraine im Spätsommer 1998 von der russischen Finanz- und Währungskrise erfaßt wurde, ging die Nachfrage auch nach polnischen Waren rapide zurück. Erst im Jahr 2000 deutete sich eine Trendwende an, die sich auch 2001 fortsetzte. Trotz solcher Tendenzen müssen erst einmal die an sich nicht besonders hohen Werte von 1997 erreicht werden. Mit einem Anteil von 2,8% an den polnischen Ausfuhren und von weniger als 1% an den Einfuhren nimmt die Ukraine in der Außenhandelsstatistik Polens lediglich die 9. (Export) bzw. 23. (Import) Position ein. Nach wie vor dominieren die im polnischen Osthandel traditionell vorrangigen Exportzweige: chemische Industrie, Kunststoffe und Nahrungsmittel. Aus der Ukraine gelangen vor allem Rohstoffe nach Polen.<sup>68</sup>

Aus ukrainischer Sicht ist Polen kein zentraler, bestenfalls ein »wichtiger« Handelspartner. Durch die Krise von 1998 ging der Anteil polnischer Einfuhren in die Ukraine spürbar zurück (von 3,02% 1995 auf 2,18% 1999). Die ukrainischen Ausfuhren nach Polen machen weniger als 3% aller Exporte des Landes aus.<sup>69</sup>

Den politischen Rahmen der Wirtschaftsbeziehungen bilden eine Reihe bilateraler Abkommen sowie die Polnisch-Ukrainische Gemischte Regierungskommis-

sion für Wirtschafts- und Handelszusammenarbeit. Zusammentreffen wie das Wirtschaftsforum »Polen-Osten« in Krynica oder der Polnisch-Ukrainische Wirtschaftsgipfel in Rzeszów sind wichtige Kontaktbörsen zwischen Vertretern aus Geschäftswelt und Politik beider Länder.

Hervorzuheben ist, daß die offiziellen Zahlen lediglich einen Teil der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern wiedergeben. Zum einen laufen beachtliche Handelsströme an den Statistiken vorbei, weil insbesondere ukrainische Importeure daran interessiert sind, die umständlichen Einfuhrbestimmungen oder die Zahlung der Mehrwertsteuer zu umgehen. Polnische Geschäftsleute gehen davon aus, daß der polnische Export in die Länder der Ex-UdSSR um rund ein Drittel zu niedrig veranschlagt wird.<sup>70</sup> Zum andern bildet der sog. »Ameisenhandel«, also der nichtregistrierte grenzüberschreitende Kleinhandel, einen wichtigen Faktor im beiderseitigen Warenaustausch. Der Umfang dieses vor allem auf einer Vielzahl von Basarmärkten abgewickelten Handels läßt sich nur schwer abschätzen. Einer Studie des Danziger Instituts für Marktwirtschaftsforschung zufolge belief sich der durch den gesamten Basarhandel erzielte Exporterlös aus polnischer Sicht Mitte der 90er Jahre auf weit über eine Milliarde Dollar, womit er ganz beachtlich zur Milderung des Handelsbilanzdefizits beitrug. Seither ging die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Basarhandels spürbar zurück.<sup>71</sup> Ungeachtet dessen hat der grenznahe bzw. grenzüberschreitende Kleinhandel auch weiterhin ein hohes Gewicht für die wirtschaftliche und soziale Situation in den Regionen beiderseits der polnisch-ukrainischen Grenze.<sup>72</sup>

Polnischerseits werden insbesondere hohe Zölle für Fertigprodukte, umständliche Zertifizierungsprozeduren und häufig geänderte Bestimmungen des Wirtschaftsrechts als Handelshemmnisse wahrgenommen.<sup>73</sup> Polens Premier Miller bemängelte bei

<sup>68</sup> Zbyt wysokie stawki celne [Zu hohe Zölle], in: RP, 30.10.2001, Ministerstwo Gospodarki, Szczyt gospodaraczy Ukraina-Polska [Wirtschaftsgipfel Ukraine-Polen], in: Serwis prasowy, Nr. 125, 31.5.2001.

<sup>69</sup> Strategic Partners of Ukraine: Declarations and Realities (Anm. 2).

<sup>70</sup> Mijanie się z prawem [Wie das Recht umgangen wird], Beilage Dobra firma, in: RP, 15.1.2002.

<sup>71</sup> Marcin Peterlik, Handel targowiskowy w Polsce w roku 1999 [Basarhandel in Polen im Jahre 1999], Warszawa: Instytut Badań nad Gospodarką Rynkową, Mai 2000, www.ibngr.edu.pl.

<sup>72</sup> Annegret Haase/Irina Hudseljak, Perspektiven und Probleme der neuen polnisch-ukrainischen Nachbarschaft, in: Europa Regional, (2000) 8, S. 2–18.

<sup>73</sup> Ministerstwo Gospodarki, Departament stosunków gospodarczych z zagranicą [Wirtschaftsministerium, Department für Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland], Współpraca gospodarcza Polska-Ukraina [Wirtschaftliche Zusammenarbeit Polen-Ukraine], www.ukraine-poland.com.

einem Zusammentreffen mit dem ukrainischen Regierungschef Kinach, daß polnische Unternehmer wegen angeblicher Verletzungen des Steuerrechts ungerecht behandelt würden und ukrainische Wirtschaftssubjekte mit polnischer Beteiligung auf Schwierigkeiten bei der Rückerstattung der Mehrwertsteuer träfen.<sup>74</sup> Aus ukrainischer Sicht werden überdies eine geringe Zahl von Grenzübergängen und prinzipiell eine geringe Kenntnis der Situation im anderen Land konstatiert.<sup>75</sup>

### Schwache Investitionstätigkeit

Zu einer Ausweitung polnischer Ausfuhren in die Ukraine würde nach Ansicht polnischer Fachleute eine Erhöhung polnischer Investitionen östlich des Bugs beitragen. In der Ukraine sind zur Zeit zwar rund 1800 Unternehmen mit polnischem Kapital registriert. Der Gesamtwert der bis Ende 2001 von polnischer Seite getätigten Anlagen beläuft sich aber lediglich auf 69 Mio. US-Dollar, was einem Anteil von gerade 1,7% aller in der Ukraine getätigten Auslandsinvestitionen entspricht.<sup>76</sup> Bisher sind nur wenige industrielle Investitionsvorhaben verwirklicht worden. In größere Gemeinschaftsprojekte sind etwa Polens Traktorenfabrik Ursus, der Mährescherproduzent Bizon oder der Gasversorger PGNiG involviert.<sup>77</sup> Immerhin wird in der polnischen Presse potentiellen Anlegern geraten, nicht in Rußland zu investieren, sondern in der Ukraine (und in Belarus).<sup>78</sup> Vor allem die ukrainischen Sonderwirtschaftszonen (SWZ), besonders die in relativer Nähe zu Polen, könnten künftig mehr polnische Investitionen anziehen.<sup>79</sup> Ein Projekt der

wirtschaftlichen Kooperation zwischen Polen und Ukraine von strategischer Dimension könnte der Bau der Erdölpipeline Odessa–Brody–Danzig werden, an dem die polnische Seite seit langem Interesse bekundet (s.unten). Neue Chancen sowohl für polnische Anleger als auch für Exporteure werden insbesondere in der industrialisierten Ostukraine mit ihren Handelskontakten zu Rußland gesehen.<sup>80</sup>

Ein weiterer Impuls könnte von einem Ausbau bzw. einer besseren Nutzung des von der polnischen Regierung geschaffenen, aber noch unzulänglich funktionierenden Instrumentariums zur Absicherung von Ausfuhren und Auslandsinvestitionen kommen, das die Korporation zur Versicherung von Exportkrediten (KUKKE) offeriert.<sup>81</sup>

### Bekannte Probleme

Die Schwierigkeiten, an denen die polnisch-ukrainischen Wirtschaftskontakte kranken, ähneln in vieler Hinsicht denen, die aus den Beziehungen Polens zu Rußland bzw. zu anderen GUS-Staaten bekannt sind.<sup>82</sup> Nicht zu unterschätzen ist die aus dem unterschiedlichen Transformationsstand der beiden Länder resultierende sozioökonomische Diskrepanz. Nach polnischer Einschätzung hat der Umbauprozess in der Ukraine gegenwärtig erst den polnischen Stand im Jahre 1990 erreicht.<sup>83</sup> Bislang erwies sich dieses Gefälle für Polens Wirtschaft keineswegs als Vorteil, da aufgrund der geringen Komplementarität und der mangelnden Transparenz des ukrainischen Wirtschaftslebens strukturelle Hindernisse einer Vertiefung der wirtschaftlichen Kontakte im Wege stehen.

Insgesamt kommt den Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern eine Bedeutung zu, die weit hinter dem ambitionierten politischen Kooperationsniveau zurückbleibt. Ukrainische Analytiker ziehen aus einer systematischen Betrachtung der Wirtschaftsbeziehungen der Ukraine zu ihren sog. strategischen Partnern den Schluß, daß lediglich Rußland, die USA

74 Skargi i obietnice [Beschwerden und Versprechungen], in: RP, 4.6.2002.

75 So Myron Jankiw, Handelsrat der ukrainischen Botschaft in Polen: Cło powinno być niższe [Der Zoll sollte niedriger sein], in: RP, 6.9.2001.

76 Ebd.; Na Ukrainę? Najbliżej przez Cypr [In die Ukraine? Am nächsten über Zypern], in: GW, 2.8.2001?; Od lat te same problemy [Seit Jahren dieselben Probleme], in: RP, 3.6.2002.

77 Polens Gasversorger PGNiG möchte durch die zusammen mit einem ukrainischen Partner gegründete Firma DEWON in der Ukraine Gasvorkommen erschließen; vgl. Zofia Szmyd, Ukraina [Ukraine], in: Barbara Wizimirska (Hg.), Rocznik polskiej polityki zagranicznej 2001 [Jahrbuch der polnischen Außenpolitik 2001], Warszawa 2000, S. 230–237 (235f).

78 Wykorzystać atuty [Die Trümpfe ausnutzen], Beilage Dobra firma, in: RP, 15.1.2002.

79 In der nahe der polnisch-ukrainischen Grenze situierten SWZ Javoriv sind 19 polnische Firmen aktiv. Sie haben Investitionen von offiziell 9,5 Mio. US-Dollar (faktisch liegt

der Wert aber wohl deutlich darunter) getätigt; Na Ukrainę? Najbliżej przez Cypr (Anm. 76).

80 Wykorzystać atuty (Anm. 78).

81 Vgl. kritisch hierzu: Eksport wciąż czeka na wsparcie [Der Export wartet weiterhin auf Förderung], in: RP, 11.1.2002; Cisza poza KUKKE [Ruhe außerhalb der KUKKE], in: RP, 14.1.2002.

82 Vgl. Lang, Polens Beziehungen zu Rußland (Anm. 15), S. 23ff.

83 Wykorzystać atuty (Anm. 78).

und Deutschland, nicht aber Polen als strategische Wirtschaftspartner der Ukraine angesehen werden können. Zu einem ähnlichen Ergebnis muß man im Prinzip auch aus polnischer Sicht gelangen. Es ist somit nicht verwunderlich, daß im Ukraine-Bild der polnischen Eliten negative Aspekte des Wirtschaftslebens eine große Rolle spielen.<sup>84</sup>

## Energiepolitik – Gas- und Öltransit

### Gas: Ein Bypass um die Ukraine?

Zu den Kernthemen der polnisch-ukrainischen Beziehungen gehörte in den vergangenen Jahren der Transit von Energieträgern. In den Vordergrund schob sich die Erstellung einer Gaspipeline, welche es ermöglichen würde, russisches Gas unter Umgehung der Ukraine über belarussisches, polnisches und slowakisches Territorium nach Westeuropa zu exportieren. Ende 2002 wurde von russischer Seite vorgeschlagen, ein Verbindungsstück zwischen der Pipeline Jamal-Westeuropa (Rußland-Belarus-Polen) und dem Leitungssystem herzustellen, das die Slowakei mit Mittel- und Südeuropa verkoppelt. Ziel Moskaus ist es, dem illegalen Abzapfen von Erdgas in der Ukraine vorzubeugen, da die Ukraine in Rußland als ein »schwarzes Loch« beim Erdgastransit gilt.<sup>85</sup> Der Bau des – je nach Trassenführung – rund 600 km langen Teilstücks hätte zur Folge, daß jährlich bis zu 60 Mrd. Kubikmeter Erdgas an der Ukraine vorbei nach Westeuropa ausgeführt werden könnten, was wiederum einen beachtlichen Ausfall an Transitgebühren nach sich zöge.<sup>86</sup>

In Polen wurde das vom russischen Gasgiganten

<sup>84</sup> Dazu gehören ein geringes wirtschaftliches Entwicklungsniveau und unzureichender Fortschritt der Wirtschaftsreformen (dieser Ansicht sind 84% der befragten Angehörigen des politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Establishments in Polen) oder der geringe Lebensstandard der Bevölkerung (68%); vgl. Valery Chaly/Mykhail Pashkov, Ukraine's International Image: The View from Poland, [www.uceps.com.ua/eng/all/journal/2000\\_12/html/](http://www.uceps.com.ua/eng/all/journal/2000_12/html/).

<sup>85</sup> So ein russischer Analytiker. »Gazprom« ne otkazalsja ot idei obojti Ukrainu [»Gazprom« hält an der Idee fest, eine Gasleitung an der Ukraine vorbei zu bauen], in: *Nezavisimaja gazeta*, 8.2.2002.

<sup>86</sup> Vgl. hierzu insbesondere Heft Nr. 3/2002 der Zeitschrift *Nacional'na bezpeka i oborona* des Ukrainischen Zentrums für ökonomische und politische Studien (Razumkov) mit dem Schwerpunktthema: »Hazovyj trykutnyk« ES-Ukraina-Rosija [Das »Gas-Dreieck« EU-Ukraine-Rußland].

Gasprom und westlichen Partnern sowie seitens der russischen Politik avisierte Projekt zunächst ablehnt. Eine wirtschaftliche und politische Schwächung der Ukraine läge nicht im Interesse Polens.<sup>87</sup> In einem an Rußland gerichteten »pro memoria« brachte die polnische Regierung jedoch zum Ausdruck, daß sie die Verbindungspipeline lediglich als Einzelaspekt eines umfassenden Problembündels der polnisch-russischen Beziehungen im Bereich Gas und Gas-Transit betrachtet.<sup>88</sup> Polen geht es vor allem darum, eine Revision des polnisch-russischen Vertrags über Gaslieferungen aus dem Jahr 1993 herbeizuführen, um die vereinbarte Liefermenge (die Polen aufgrund des im Vertrag abgemachten »take or pay«-Grundsatzes abnehmen und bezahlen muß) nach unten zu korrigieren, da neueren Prognosen zufolge der polnische Gasverbrauch flacher ansteigen wird als ursprünglich angenommen. Ohne eine Reduktion der Abnahmeverpflichtungen von russischem Gas (bzw. deren zeitliche Streckung) wird die von der polnischen Regierung geplante Diversifizierung der Gasimporte erschwert.<sup>89</sup> Überdies möchte man die rasche Fertigstellung der ersten Linie der Yamal-Pipeline und Veränderungen in der Eigentumsstruktur bzw. in der Preispolitik der Pipeline-Betreiberfirma EuRoPolGaz erreichen.<sup>90</sup> Für Polen wurde der Gas-Bypass eher zu einer Art Bargaining Chip. Im Mittelpunkt der polnischen Diskussion steht daher seit geraumer Zeit nicht mehr die Frage, ob die Umgehungspipeline gebaut werden soll oder nicht, sondern welche Trasse akzeptabel wäre.<sup>91</sup> Seit Anfang 2002

<sup>87</sup> »Wir brauchen keine Systemverbindung«, erklärte der für Energiefragen zuständige stellvertretende Wirtschaftsminister Karbownik im Oktober 2000; Polska gotowa do rozmów [Polen ist zu Gesprächen bereit], in: *RP* 20.10.2000.

<sup>88</sup> Stanowcze pro memoria w sprawie gazu [Ein entschiedenes pro memoria in der Gas-Angelegenheit], in: *RP*, 4.6.2001.

<sup>89</sup> Vgl. hierzu: Informacja o stanie bezpieczeństwa energetycznego państwa oraz działaniach podejmowanych przez rząd w tym zakresie, przyjęta przez Sejm RP w dniu 25 stycznia 2002 (aktualizowana na dzień 14 lutego 2002) [Information zum Stand des Enerversorgungssicherheit des Staates sowie der von der Regierung in diesem Zeitraum unternommenen Aktivitäten, 25.01.2002 (aktualisiert 14.02.2002)], [http://www.mg.gov.pl/struktur/energet/de\\_ocena02/zal4.pdf](http://www.mg.gov.pl/struktur/energet/de_ocena02/zal4.pdf).

<sup>90</sup> Obwohl hochrangige polnische und russische Politiker mehrmals verkündeten, einer Einigung nahe zu sein, stocken die Verhandlungen einseitig; vgl. Jednak coś uzgodniono [Etwas ist doch vereinbart worden], in: *RP*, 13.4.2002; Coraz więcej spornych punktów [Immer mehr strittige Punkte], in: *RP*, 8.8.2002.

<sup>91</sup> Von russischer Seite wurde die Trasse vom weißrussischen

mehren sich die Hinweise, daß das Vorhaben nicht mehr ganz oben auf der Prioritätenliste Gasproms steht.

### Öl: Das Pipelineprojekt Odessa–Brody–Danzig

Das zweite große Thema der polnisch-ukrainischen Energiebeziehungen ist die Erstellung einer Erdöl-pipeline, welche neue Möglichkeiten für den Export von kaspischem Öl nach Europa bietet. Seit Ende 2001 ist eine neue Leitung vom Schwarzmeerhafen Odessa zum westukrainischen Brody in Betrieb, die es ermöglicht, Öl aus der kaspischen Region über den Südarml der Pipeline Družba nach Westen zu transportieren, ohne den prekären Flaschenhals Bosphorus mit Tank-schiffen passieren zu müssen. Polen und die Ukraine avisieren in diesem Zusammenhang den Bau eines Leitungsabschnitts zwischen Brody und dem zentral-polnischen Płock. Hierdurch würde eine Verbindung nach Westeuropa sowie zum polnischen Naftoport in Danzig hergestellt.<sup>92</sup> Für die Ukraine böte dies die Aussicht auf erkleckliche Transiteinnahmen. Polen wiederum könnte seine Ölimporte weiter diversifizieren und Lieferungen für die Raffinerien in Płock (PKN Orlen) und Danzig (Rafineria Gdańska) beziehen. Von Płock aus könnte Öl per Pipeline nach Deutschland exportiert werden, über Danzig nach Nord- und Westeuropa.<sup>93</sup>

Ob, wie erst Sommer 2002 wieder beteuert, die gesamte Trasse Odessa–Brody–Danzig bis Mitte 2006 mit einer Transportkapazität von jährlich 25 Mio. Tonnen funktionsfähig sein wird, ist indessen

Brest über das südostpolnische Cisna ins ostslowakische Velké Kapušany vorgeschlagen, was aber hieße, daß die Leitung durch dünn besiedelte Regionen und überdies in der Nähe eines Nationalparks verlief. Polen würde daher eine weiter westlich liegende Route (über Schlesien ins slowakische Čadca) vorziehen; vgl. *Czy wzdłuż rzeki Ropy popłynie morze gazu* [Wird entlang des Flusses Ropa ein Meer von Gas befördert werden?], in: *GW*, 16.1.2002.

<sup>92</sup> Einige Beobachter sind der Auffassung, daß die Realisierung des u.a. von den USA unterstützten Pipelinevorhabens vom aserbeidschanischen Baku ins türkische Ceyhan in Konkurrenz zum Bau der Pipeline Odessa–Brody–Danzig stehen könnte. Der Vorstandschef der ukrainischen Gesellschaft Ukrtransnafta erklärte hierzu, daß ihm der amerikanische Sonderbotschafter für die kaspische Region versichert habe, die USA unterstützten beide Vorhaben; Kommentar von Oleksandr Todijčuk, in: *Den'*, 20.7.2002.

<sup>93</sup> Vgl. »Złote wrota« – Alternatywa dla Bosforu [»Goldenes Tor« – Eine Alternative zum Bosphorus], in: *GW*, 5.2.2002.

fraglich.<sup>94</sup> Vor allem die auch von polnischen Politikern angemeldeten Zweifel an der Rentabilität der Pipeline verstärken den Eindruck einer Diskrepanz zwischen der von der offiziellen polnischen Außenpolitik zum Ausdruck gebrachten Unterstützung für das Projekt und einer weitgehenden Zurückhaltung von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik.<sup>95</sup>

### Die polnisch-ukrainischen Beziehungen vor dem EU-Beitritt Polens

Das polnisch-ukrainische Beziehungsgeflecht war bis Ende der 90er Jahre durch sehr unterschiedliche Intensität charakterisiert. Positiv und dynamisch verlief der Ausbau der politischen Kontakte, insbesondere auf der Ebene der »großen Politik«, zwischen Staatsoberhäuptern und Regierungen, in Sicherheitsfragen und bei der Einbindung der Ukraine in regionale Zusammenhänge. Unterentwickelt präsentierte sich der wirtschaftliche Austausch. Schwach ausgeprägt und teils von Aversionen geprägt waren die gesellschaftlichen Beziehungen.<sup>96</sup> Während sich an den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kontakten wenig änderte, ergaben sich in den letzten zwei bis drei Jahren im Bereich der politischen Beziehungen durchaus Verschiebungen, die auf Neubewertungen auf polnischer Seite zurückzuführen sind. Hier-von ist (zumindest einstweilen) weniger die konkrete politische Zusammenarbeit und die sich in offiziellen Verlautbarungen reflektierende Regierungspolitik Warschaus betroffen als vielmehr die Wahrnehmung der Ukraine durch das politische Establishment, die außen- und ostpolitische Fachwelt und die außenpoli-tisch interessierte Öffentlichkeit. Gemeint ist ein allmählicher Stimmungswandel, der als ein Gefühl der Ernüchterung und teilweise Enttäuschung beschrieben werden könnte.

Zu den Ursachen der Ernüchterung zählen:

<sup>94</sup> *Kaspijska ropa w 2006 roku* [Kaspisches Öl im Jahre 2006], in: *RP*, 19.7.2002.

<sup>95</sup> Vgl. zur Diskussion: *Nikt nie przyznaje się do rury* [Niemand bekennt sich zum Rohr], in: *RP*, 14.10.2002; *Marek Siwiec, Porozmawiajmy o faktach* [Reden wir über Fakten], ebd., 4.10.2002.

<sup>96</sup> Klaus Ziemer, *Osten ist nicht gleich Osten. Die Beziehungen Polens zur Ukraine, zu Weißrußland und Litauen*, in: Klaus Ziemer (Hg.), *Schwierige Nachbarschaften. Die Ostpolitik der Staaten Ostmitteleuropas seit 1989*, Marburg 2001, S. 57–76 (60).



- ▶ die realistische, wenig optimistische Einschätzung der Resultate einer Dekade wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Umgestaltung;
- ▶ Unzufriedenheit mit der innenpolitischen Entwicklung in Bereichen wie Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit, Funktionieren demokratischer Prinzipien;
- ▶ Frustration über fehlende Entschlossenheit Kiews, die eigenen nationalen Interessen entschieden zu realisieren (Erfahrungen während der Diskussion um die *pjeremyčka*), und grundsätzlich über die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der ukrainischen Politik;<sup>97</sup>
- ▶ Kiews mangelnde Konsequenz bei der Umsetzung außenpolitischer Zielsetzungen, soweit es um die Orientierung an westlichen Strukturen, insbesondere der EU geht. Kritisiert wird auch, daß die Ukraine es versäumt habe, rechtzeitig ihre strategischen Aktivposten gegenüber der EU zu präsentieren: ihr wirtschaftliches Potential, den Export und Transit von Energieträgern, innenpolitische Stabilität, außenpolitische Verlässlichkeit. Demgegenüber präsentiere sich Rußland zwischenzeitlich »westlicher« und »europäischer« als die Ukraine.<sup>98</sup>
- ▶ die Verunsicherung über einen deklamatorischen Prioritätenwechsel in der ukrainischen Außenpolitik, insbesondere der Anfang 2001 offiziell verkündete Übergang zur multivektoralen Außenpolitik, die als »unklar« und »unbestimmt« aufgefaßt wird. Zwar wird die rhetorische Orientierung auf die EU und seit Frühjahr 2002 auch auf die NATO von polnischen Beobachtern positiv registriert, gleichzeitig wird aber auch eine wachsende Hinwendung Kiews zu Moskau wahrgenommen,<sup>99</sup>
- ▶ ein gemischter Eindruck aufgrund des wechselhaften Verhältnisses der Ukraine zu Polen, der

<sup>97</sup> Vgl. z.B. die diesbezüglich recht eindeutigen Äußerungen des stellvertretenden polnischen Außenministers Adam Rotfeld, *Gdzie są czyny Ukrainy? [Wo sind die Taten der Ukraine?]*, in: *GW*, 20.–21.7.2002.

<sup>98</sup> So Zdzisław Najder, *Ukraina, Polska, Europa [Ukraine, Polen, Europa]*, in: *Polska w Europie*, (Dezember 2001) 38, [www.pwe.org.pl](http://www.pwe.org.pl).

<sup>99</sup> So wird beispielsweise die EU-Politik der Ukraine von einem polnischen Experten insgesamt als »tragfähiges Projekt« angesehen, das bei größerer Entschlossenheit der Regierung Einfluß auf die innere Reform des Staatswesens haben könnte. Gleichwohl wurde ein im Jahr 2000 vollzogener »entschiedener prorussischer Schwenk in der ukrainischen Politik« ausgemacht; Paweł Wołowski, »Europejski wybór Ukrainy« – hasło czy polityczny projekt [»Die europäische Wahl der Ukraine« – Parole oder politisches Projekt], in: *Komentarze OSW*, Juni 2002.

durch eine inkonsistente Verwendung des Begriffs »strategische Partnerschaft« seitens Kiew unterstrichen wird,<sup>100</sup> insbesondere, was Polen anbelangt. Ein führender polnischer Ukraine-Experte konstatiert, daß für die Ukraine »die Bedeutung Polens seit Jahren systematisch zurückgeht«, und führt dies darauf zurück, daß die Ukraine »weltpolitisch vor allem ein Schwarzmeeranrainer« sei und für sie (vor allem hinsichtlich ihrer Beziehungen zur NATO) die Zusammenarbeit mit der Türkei größere Bedeutung habe als die mit Polen.<sup>101</sup>

- ▶ Enttäuschung darüber, daß die Ukraine die Situation nach dem 11. September »verschlafen« hat und sich nicht als wichtiger Partner im Kampf gegen den internationalen Terrorismus profilieren konnte und sich durch Nachlässigkeit oder Vorsatz vom Westen bzw. den USA isoliert (angeblicher Export des Radarsystems Kolčuga in den Irak);

In der schon angesprochenen Debatte über die polnische Ostpolitik in der katholischen Wochenzeitung »*Tygodnik Powszechny*« war die Unzufriedenheit mit dem Geschehen in der Ukraine eine der Triebfedern der publizistischen Auseinandersetzung. Namentlich nach den Diskrepanzen um den polnischen Ehrenfriedhof in Lemberg wurde der Ton noch schärfer. Besorgte Advokaten der polnisch-ukrainischen Sache stellten die Existenz eines (polnischen) Milieus fest, das die Kausa Ehrenfriedhof zum Anlaß nimmt, für einen grundlegenden Wechsel in der polnischen Ostpolitik zu plädieren.<sup>102</sup>

So hieß es etwa in der nicht besonders auflagenstarken, aber immerhin regierungsnahen Tageszeitung »*Trybuna*«: »Zwölf Jahre lang hat Polen sich um die Ukraine bemüht, und zwar so, daß kein Zweifel bestand, daß es dies gegen Rußland unter-

<sup>100</sup> In einem Policy Paper der Batory-Stiftung kommen drei polnische Experten zu dem Schluß: »Das grundlegende Problem der Außenpolitik der Ukraine ist ihre Unbestimmtheit. Im Rahmen dieser Politik sind Rußland und die USA gleichzeitig strategische Partner.« (Bogumiła Berdychowska/Przemysław Żurawski vel Grajewski/Grzegorz Gromadzki, *Nowe sąsiedztwo – nowe stowarzyszenie. Ukraina i Unia Europejska na początku 21. wieku [Neue Nachbarschaft – neue Gemeinschaft. Ukraine und die EU zu Beginn des 21. Jahrhunderts]*, Warszawa: Batory-Stiftung, März 2002, S. 10, <http://www.batory.org.pl/ftp/program/forum/rap6pl.pdf>).

<sup>101</sup> Tadeusz A. Olszański im Jahresbericht des polnischen Instituts für Oststudien; vgl. auch dessen Kommentar zur Rede Zlenkos über die Prioritäten der ukrainischen Außenpolitik vom Januar 2001 (Anm. 5); [www.osw.waw.pl](http://www.osw.waw.pl).

<sup>102</sup> Zit. nach: Bogumiła Berdychowska/Henryk Wujec, *Nie opuszczajmy rąk [Laßt uns weitermachen]*, in: *RP*, 6.7.2002.

nimmt. Gleichwohl realisierte Rußland und nicht die Ukraine Versöhnungsgesten gegenüber Polen und bewies, daß es aufrichtig Versöhnung anstrebt – angefangen von Gorbatschow, der in Einklang mit polnischen Erwartungen zusammen mit Jaruzelski einen langen öffentlichen Prozeß der Wahrheitsfindung über Katyń begann, über Jelzin, der sich vor dem Katyń-Gedenkkreuz auf dem [Warschauer] Powązki-Friedhof verbeugte, bis hin zu Putin, der den Soldaten der polnischen Landesarmee und dem polnischen Untergrundstaat Respekt zollte.« In der gleichen Zeitung war zu lesen: »Die Ukraine war nie und ist nicht unser strategischer Partner. Und sie wird dies auch lange nicht sein«, weswegen es gelte, zwischen Polen und Rußland Beziehungen zu schaffen, die »weit über den Rahmen eines gewöhnlichen partnerschaftlichen Verhältnisses hinausgehen«. <sup>103</sup> Weder solche noch weniger dezidierte Aufforderungen zu einer Revision der Idee von der strategischen Partnerschaft mit der Ukraine haben sich bislang in der polnischen Außenpolitik niedergeschlagen. Faktum ist aber, daß sich die Unzufriedenheit mit der Entwicklung und dem Gebaren der Ukraine mit einer Erwärmung des polnischen Verhältnisses zu Rußland deckt, die ihren vorläufigen Höhepunkt im Besuch des russischen Präsidenten in Polen im Januar 2002 fand. <sup>104</sup> Es ist insofern durchaus möglich, daß sich der Unmut über die Ukraine verdichtet und es mittelfristig zu Akzentverlagerungen und einem etwas weniger dynamischen Engagement für Kiew kommt. Bei aller Unzufriedenheit wird Warschau aber nach wie vor bemüht sein, der Ukraine nicht »den Rücken zu kehren«. Noch dominiert die Auffassung einer beachtlichen strategischen Bedeutung der Ukraine für Polen. Unverdrossen versucht sich Warschau als »Vermittler« zwischen der Ukraine und dem Westen (mit unterschiedlichem Erfolg) bzw. zwischen der ukrainischen Opposition und dem Präsidentenlager (ohne nennenswerten Erfolg) einzubringen. <sup>105</sup> Die zwischen Frustration und Wohlwollen schwankende Stimmung bringt ein

polnischer Ukraine-Kenner recht anschaulich zum Ausdruck: »Mit einem Wort: Die unabhängige Ukraine – die in der Krise, ohne gesicherte Zukunftsaussichten, ohne Energieträger ist – wird heute von niemandem

als internationaler Partner benötigt. Von niemandem – außer Polen.« <sup>106</sup>

Insgesamt ist das Bild der polnisch-ukrainischen Beziehungen unmittelbar vor dem polnischen EU-Beitritt ambivalent. Einerseits ist das bilaterale Verhältnis zwischen beiden Staaten so gut wie noch nie. Andererseits besteht in vielen Bereichen Nachholbedarf, belasten Dissonanzen das bilaterale Miteinander und ist man in Polen in einer Phase, in der man mit reduziertem Enthusiasmus an die Ukraine herangeht. Polens EU-Beitritt wirkt in viele Bereiche der beiderseitigen Beziehungen hinein und stellt daher sowohl an Warschau als auch an Kiew zusätzliche Herausforderungen, um die »strategische Partnerschaft« – so man sie beibehalten möchte – zu revitalisieren.

**103** Ebd.

**104** Vgl. Lang, Ein neues polnisch-russisches Verhältnis? (Anm. 16).

**105** So erst wieder im Oktober 2002 als nicht zuletzt mit diesen Zielen in Warschau die Konferenz »Die Ukraine in Europa« organisiert wurde, an der neben dem polnischen Präsidenten und Premierminister Vertreter der Regierungsseite und der Opposition aus der Ukraine sowie der Hohen Vertreter der GASP, Javier Solana, und der schwedische Premier Persson teilnahmen.

**106** Najder, Ukraina, Polska, Europa (Anm. 98).

## Polens EU-Beitritt: Folgen für die polnisch-ukrainischen Beziehungen

Polens EU-Beitritt erfordert eine Reihe von Harmonisierungsmaßnahmen, welche auch Konsequenzen für wichtige Bereiche der polnisch-ukrainischen Beziehungen haben werden. Sowohl in Polen als auch in der Ukraine wird befürchtet, daß mit der Aufnahme Polens in die Union die Kooperations- und Interaktionsbeziehungen zwischen beiden Ländern erschwert werden und sich somit die wirtschaftliche und gesellschaftliche Kluft noch weiter vertieft. Negative Konsequenzen werden vor allem nach der Einführung eines restriktiveren Grenzregimes und aufgrund neuer Bestimmungen für Wirtschaft und Handel erwartet.

Während in Polen und der Ukraine vor allem die negativen Folgewirkungen des polnischen EU-Beitritts diskutiert werden, kommt man bei näherem Hinsehen zum Schluß, daß es in einzelnen Dimensionen der beiderseitigen Beziehungen durchaus »beitrittsindifferente« Segmente der Zusammenarbeit gibt, ja sogar solche, die neue Möglichkeiten für Kooperation bieten. Neben den zweifelsohne zu erwartenden Einschränkungen für die beiderseitigen Kontakte sollte der polnische EU-Beitritt auch als Chance für die bilateralen Beziehungen angesehen werden.

### Das Gespenst der Visumpflicht

Ende der 90er Jahre gab es in Polen eine heftige Diskussion über die Folgen erschwelter Einreisebestimmungen für die Einwohner der östlichen Nachbarstaaten. Seit Beginn der Verhandlungen über den EU-Beitritt setzte sich in Warschau die Einsicht durch, daß es zwecklos wäre, sich einer raschen Harmonisierung mit der gemeinsamen Visumspolitik der Europäischen Union zu verschließen und damit Komplikationen im Beitrittsgeschehen herbeizuführen. Die polnische Regierung kündigte daher Anfang 2002 an, ab 1. Juli 2003 die Visumpflicht für die Einreise von Staatsbürgern der Russischen Föderation, Belarus' und der Ukraine einzuführen. Während die Bevölkerung im polnischen Osten diesem Schritt skeptisch bis ablehnend gegenübersteht, zeigen Umfragen, daß landesweit die Befürworter der Visumpflicht deutlich im Übergewicht sind. So vertreten 40% der Polen die

Ansicht, der ungehinderte Reiseverkehr habe mehr Schlechtes als Gutes gebracht (nur 13% sind gegenteiliger Auffassung). Knapp die Hälfte denkt, für Polen werde die Einführung der Visumpflicht von Vorteil sein.<sup>107</sup>

Der Personenverkehr an der polnisch-ukrainischen Grenze entwickelte sich seit Beginn der 90er Jahre dynamisch und stieg nach einem vorübergehenden Rückgang infolge der Rußland-Krise von 1998 und einer Verschärfung der Einreisebestimmungen für Weißrussen und Russen abermals an. Im Jahre 2001 wurden an der polnischen Ostgrenze 14 Millionen Einreisen von Ausländern registriert, im polnisch-ukrainischen Grenzabschnitt 6,5 Millionen. Bislang ist der Personenverkehr zwischen Polen und der Ukraine durch ein Abkommen aus dem Jahr 1996 geregelt, welches bei einer Aufenthaltsdauer von bis zu 90 Tagen Visumsfreiheit vorsieht.<sup>108</sup>

Die Einführung der Visumpflicht wird einen deutlichen Rückgang der Grenzübertritte hervorrufen. Polnischen Schätzungen zufolge wird die Anzahl der Einreisen um ein Drittel fallen.<sup>109</sup> Der Druck auf die Konsulate wird immens zunehmen, allerdings ist damit zu rechnen, daß sich viele Personen von vornherein nicht mehr um Visa bemühen werden. Überdies wird voraussichtlich eine große Anzahl von Mehrfachvisa ausgegeben. Polens stellvertretender Innenminister Kosiniak-Kamysz geht lediglich von einer Million Visaanträgen aus.<sup>110</sup> Ob die polnischen Konsularbehörden in der Lage sein werden, ausreichend Visa zu erteilen, um mehrere Millionen Grenzübertritte zu ermöglichen, ist trotzdem fraglich – derzeit stellen sie jährlich weltweit lediglich eine

**107** CBOS (Zentrum für Meinungsumfragen), Wizy na wschodniej granicy [Visa an der Ostgrenze], Komunikat z badań, Nr. 2513, 1.6.2001, [www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2001/KOM069/KOM069.HTM](http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2001/KOM069/KOM069.HTM).

**108** Anders als russische und weißrussische Bürger müssen ukrainische Staatsbürger keine zusätzlichen Formalia (Vouchers) erledigen.

**109** Prognozy ruchu turystycznego [Prognosen für den Tourismus vom polnischen Institut für Touristik vom Mai 2002], <http://www.intur.com.pl/prognozy.htm#prog1>.

**110** Tylko jeden milion wiz [Nur eine Million Visa], Interview mit Zenon Kosiniak-Kamysz, in: GW, 21.2.2002.

Viertelmillion Visa aus.<sup>111</sup> Erfahrungen aus der Tschechischen Republik und der Slowakei stimmen wenig optimistisch. Während vor der Einführung der Visumpflicht etwa 300 000 Ukrainer in die Tschechische Republik gereist sein sollen, war es Ende 2001 lediglich noch ein Zehntel davon.<sup>112</sup> In der Slowakei wird angenommen, daß die Zahl der Grenzübertritte um drei Viertel zurückging.<sup>113</sup>

Um die negativen Folgen für den Personenverkehr abzumildern, will die polnische Regierung »maximale Zugänglichkeit [der Visa] sowie maximale Erleichterungen beim Grenzübertritt« gewährleisten.<sup>114</sup> Zu diesem Zweck soll das Netz der konsularischen Vertretungen ausgebaut, die Computerisierung vorangetrieben, zusätzlich Personal eingestellt und Grenzübergänge modernisiert werden. Visa sollen nicht zu teuer sein und soweit möglich unbürokratisch erteilt werden. In der Ukraine sollen daher zu den bestehenden konsularischen Vertretungen in Kiew, Lemberg und Charkiw zwei neue Einrichtungen im westukrainischen Luzk und in Odessa kommen. Für Investitionen, Modernisierung und Personal will das polnische Außenministerium über 50 Mio. Złoty bereitstellen.<sup>115</sup>

**111** *Ministerstwo Spraw Zagranicznych, Departament Konsularny i Polonii* [Außenministerium, Department für konsularische Fragen und Auslandspolen], Raport o pracy polskiej służby konsularnej w 2001 roku [Bericht über die Arbeit des polnischen Konsulardienstes 2001], [www.msz.gov.pl](http://www.msz.gov.pl).

**112** Na západ do Čech [In den Westen nach Tschechien], in: *Respekt*, 5.–11.11.2001.

**113** So die Schätzung des ukrainischen Botschafters in der Slowakei, Ján Varšo, *Vízový režim: očakávaní, dôsledky a skúsenosti z jeho fungovania* [Visaregime: Erwartungen, Folgen sowie Erfahrungen], in: Alexander Duleba, *Ukrajina a Slovensko. Hľadanie spoločných záujmov* [Ukraine und Slowakei. Auf der Suche nach gemeinsamen Interessen], *Medzinárodná konferencia, Bratislava, 17.–20. mája 2001*, S. 35–41 (39).

**114** Polska wprowadzi wizy dla wschodnich sąsiadów w połowie 2003 roku [Polen führt Mitte 2003 Visa für seine östlichen Nachbarn ein], in: *RP*, 13.2.2002.

**115** Insgesamt sollen in Rußland, Belarus und der Ukraine 12 Konsulate eingerichtet werden. Hierfür plant man, zusätzlich 133 Angestellte nach Osten zu schicken, im Außenministerium 17 Bedienstete zusätzlich bereitzustellen und bis zu 150 Kräfte lokal einzustellen; vgl. *Polska granica Europy* [Die polnische Grenze Europas], in: *GW*, 21.2.2002; *Milion wiz dla gości ze Wschodu* [Eine Million Visa für Gäste aus dem Osten], in: *RP*, 3.6.2002.

## Nichtregistrierter Handel

In den 90er Jahren hat sich der nichtregistrierte grenzüberschreitende Kleinhandel zu einem beachtlichen Wirtschaftsfaktor vor allem in den Grenzregionen Polens und der Ukraine entwickelt. Für ukrainische »Rucksackhändler« stellt diese Form wirtschaftlicher Betätigung in Anbetracht der schwierigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation in ihrer Heimat eine wichtige Einkommensquelle dar. In Polen wiederum entstand um den Basarhandel ein florierendes Wirtschafts- und Gewerbetreiben. In der südostpolnischen Stadt Przemyśl soll der lokale Basar der größte Arbeitgeber sein.<sup>116</sup> Das Warschauer Stadion Dziesięciolecia wird seit Jahren als eines der größten »Exportunternehmen« des Landes betrachtet. Insgesamt haben Besucher aus dem Osten im Jahr 2001 Waren für etwa 2,8 Mrd. Złoty gekauft. Für bestimmte Wirtschaftszweige ist der Kleinhandel eine der wichtigsten Absatzformen. So kaufen die Besucher aus dem Osten vornehmlich Textilien und Schuhwerk (hierfür werden rund 70% der Ausgaben getätigt). In Ostpolen entstand eine spezielle Möbelproduktion für Kunden aus den östlichen Anrainerländern.<sup>117</sup> Ein massiver Einbruch bei Einreisen aus der Ukraine und anderen östlichen Nachbarstaaten Polens würde vielen Basaren in Polen und damit auch dem auf sie angewiesenen Handel und Gewerbe große Schwierigkeiten bereiten.

Gleichwohl sollten die negativen Folgen des Visumszwangs im Zusammenhang mit dem Basarhandel nicht überbetont werden. So ist die Bedeutung des nichtregistrierten Handels aus polnischer Sicht beträchtlich zurückgegangen. Der Anteil des nichtregistrierten Exportüberschusses am gesamten Export sank von einem Viertel Mitte der 90er Jahre auf ein Zehntel Ende der Dekade.<sup>118</sup> Nach der Rußlandkrise von 1998 gingen die Umsätze auf den großen Basaren um ein Viertel zurück, die Anzahl der Beschäftigten, die mittelbar oder unmittelbar für den Basarhandel

**116** *Haase/Hudseljak*, Perspektiven und Probleme der neuen polnisch-ukrainischen Nachbarschaft (Anm. 72), S. 12.

**117** *Bazary padły pierwsze* [Die Basare waren als erste dran], Interview mit Bohdan Wyznikiewicz und Marcin Peterlik vom Danziger Institut für Marktwirtschaftsforschung (IBnGR), in: *GW*, 5.3.2002.

**118** Witold M. Orłowski, *Konsekwencja ekonomiczne Schengen* [Die ökonomischen Folgen von Schengen], in: *Instytut Spraw Publicznych* [Institut für öffentliche Angelegenheiten], *Polska droga do Schengen. Opinie ekspertów* [Der polnische Weg zu Schengen. Expertenmeinungen], Warszawa 2001, S. 89–109 (99).

arbeiten, fiel von etwa einer Viertelmillion auf 55 000. Der Anteil der Kunden aus dem Osten sank zwischen 1997 und 1999 auf den Märkten in Przemysł von 87% auf 44%.<sup>119</sup> Nicht uninteressant ist, daß sich in letzter Zeit 40–50% der ukrainischen Pendelhändler, die früher nach Polen fuhren, andere Reiseziele gesucht haben (v.a. die Türkei).<sup>120</sup>

Zwar erholte sich der Basarhandel in Polen nach der Rußlandkrise einigermaßen, grundlegende Veränderungen infolge der marktwirtschaftlichen Umgestaltung in Polen haben jedoch dazu geführt, daß Konsum, Produktion und Handel sich von den zu Beginn der 90er Jahre noch in ganz Polen verbreiteten Transaktionsformen auf Marktplätzen und Basaren wegorientieren. Da ein beachtlicher Anteil der durch den Rucksackhandel über die Grenzen gebrachten Güter Schmuggelware ist, liegt es im Interesse des polnischen Staates, diese Art des Produktaustauschs zu unterbinden.<sup>121</sup>

### Minderheiten

Die Einführung des Visumpflicht könnte auch den grenzübergreifenden Kontakten der nationalen Minderheiten einen Schlag versetzen. Nicht nur minderheitspolitische Gründe, sondern auch der polnisch-ukrainische Nachbarschaftsvertrag nötigen die Regierungen, aktiv zu werden, schließlich verpflichtet das Abkommen die Signatare dazu, den ungestörten Kontakt der Minderheiten über die Grenzen hinweg zu gewährleisten (Art. 11, Abs. 1). In Polen wird deswegen darüber nachgedacht, wie die negativen Konsequenzen für die Angehörigen der polnischen Minderheit in der Ukraine (bzw. in Belarus) gemildert werden können. In der vorigen Legislaturperiode wurde im polnischen Parlament eine Gesetzesinitiative mit dem Titel »Karte des Polen«

<sup>119</sup> Vgl. *Peterlik*, Handel targowiskowy w Polsce (Anm. 71) und *Bazary padły pierwsze* (Anm. 117).

<sup>120</sup> *Polityka wschodnia Unii Europejskiej w perspektywie jej rozszerzenia o państwa Europy Środkowo-Wschodniej – polski punkt widzenia* [Die Ostpolitik der EU unter dem Aspekt ihrer Erweiterung um die ostmitteleuropäischen Staaten], Warszawa, 13.6.2001, [http://www.msz.gov.pl/Unia\\_Europejska/polityka\\_wsch.html](http://www.msz.gov.pl/Unia_Europejska/polityka_wsch.html); *Čovnykovyj biznes orientuet'sja na kram z Pol'sči, žytyme šče prinajmi rik* [Der Ameisenhandel orientiert sich am Kram aus Polen], in: *Halic'ki Kontrakty*, (Dezember 2001) 50, <http://www.kontrakty.com.ua/ukr/gc/nomer/2001/50/3.html#2>.

<sup>121</sup> *Orłowski*, *Konsekwencja ekonomiczne Schengen* (Anm. 118), S. 102.

(Karta Polaka) eingebracht, die vorsah, Angehörigen der polnischen Minderheiten eine Reihe von Privilegien zuzugestehen: unter anderem bei der Erlangung eines Einreisevisums.<sup>122</sup> Eine solche Regelung dürfte gegen internationale Bestimmungen und nicht zuletzt EU-Recht verstoßen, da eine Differenzierung bzw. (positive) Diskriminierung gegenüber Staatsbürgern von Drittländern vorläge. Die Karta Polaka wurde daher zunächst nicht weiterverfolgt. Die seit Herbst 2001 in Warschau amtierende Regierung der linken Mitte scheint in dieser Frage ohnehin vorsichtig zu sein und möchte keinen Konflikt mit Brüssel (oder eventuell den Nachbarstaaten) riskieren. Allerdings wird nach wie vor nach Wegen gesucht, Einreiseerleichterungen für Angehörige der polnischen Minderheiten zu finden. In dem für die Auslandspolen zuständigen Parlamentsausschuß soll ein neues Gesetzesvorhaben über eventuelle Privilegien für die Polonia ausgearbeitet werden. Das Außenministerium hält sich weiterhin zurück und präferiert offensichtlich nicht-formelle Varianten der Flexibilisierung des Einreiseverfahrens für Auslandspolen.<sup>123</sup>

### Folgen für den Arbeitsmarkt

Arbeitskräfte aus den östlichen Nachbarstaaten füllen temporäre und strukturelle Lücken auf dem polnischen Arbeitsmarkt. Da die polnische Arbeitsverwaltung bei der Erteilung von Arbeitsgenehmigungen sehr zurückhaltend ist, verdingt sich das Gros der Arbeitssuchenden aus dem Osten als Schwarzarbeiter. Insgesamt sollen in Polen 1–1,5 Mio. Ausländer illegal beschäftigt sein, vor allem Bürger aus GUS-Staaten (Ukrainer und Weißrussen).<sup>124</sup> Polnische Unternehmer und Landwirte klagen darüber, daß sie ohne billige und zuverlässige Arbeitskräfte aus der Ukraine oder Belarus nicht rentabel wirtschaften könnten. Die Einführung der Visumpflicht wird somit voraussichtlich zu Engpässen auf Teilarbeitsmärkten und zum Bankrott vieler Firmen (etwa im Bausektor) führen.<sup>125</sup> Allerdings kann es nicht in polnischem Interesse

<sup>122</sup> Gesetzesentwurf einer Karta Polaka, [www.sejm.gov.pl](http://www.sejm.gov.pl).

<sup>123</sup> Vgl. 7. Sitzung des Ausschusses für die Beziehungen zu den Auslandspolen (Komisja łączności z Polakami za Granicą), Sitzung vom 26.2.2002, Biuletyn Nr. 341/IV, [www.sejm.gov.pl](http://www.sejm.gov.pl).

<sup>124</sup> *Robota na czarno* [Schwarzarbeit], in: RP, 28.8.2001; *Do Polski za chlebem* [Nach Polen zum Broterwerb], in: RP, 1.8.2002.

<sup>125</sup> *Bazary padły pierwsze* (Anm. 117).

liegen, illegale Erwerbsmigration zu tolerieren. Arbeitsmarktprobleme sind einerseits durch eine Verbesserung der Mobilität und Qualifikation polnischer Arbeitskräfte anzugehen (die Arbeitslosenquote liegt bei etwa 19%), andererseits durch eine Verbesserung des Verfahrens zur Vergabe (legaler) Arbeitsgenehmigungen für Ausländer.

### Reiseverkehr/Tourismus

Zu Einbußen könnte es für das polnische Fremdenverkehrsgewerbe kommen. In Polen rechnet man mit einem Rückgang der als Touristen einreisenden Gäste aus dem Osten von 7 auf gut 5 Millionen.<sup>126</sup> Das Gros der nach Polen kommenden Ukrainer reist zwar aus geschäftlichen Gründen ein, aber alle Ukrainer, die sich für mehrere Tage im Land aufhalten, tätigen Ausgaben für Übernachtung, Verpflegung usw. Ein Rückgang der Business-Touristen und Geschäftsleute aus dem Osten wird sich somit für die einschlägigen Dienstleistungsunternehmen bemerkbar machen, besonders betroffen wird das südöstliche Polen sein. In der Slowakei gingen die Einnahmen von Firmen im Fremden- und Reiseverkehrswesen nach Einführung der Visumpflicht für ukrainische Staatsbürger um die Hälfte zurück<sup>127</sup> Ein Großteil der von Polen getätigten Reisen in die Ukraine wiederum hat klassisch touristischen Charakter (insbesondere der polnische Heimwehtourismus in die »Kresy«, also die früheren polnischen Ostgebiete, die heute zur Ukraine gehören). Allerdings steht noch nicht fest, ob die ukrainische Seite mit der Einführung der Visumpflicht für polnische Staatsbürger antworten wird (was Rußland und Belarus angekündigt haben). In diesem Fall müßte auch über einen Ausbau der ukrainischen Konsularbehörden in Polen nachgedacht werden. Das polnische Reiseaufkommen in die Ukraine erreicht allerdings gerade ein Zehntel der ukrainischen Einreisen nach Polen.

<sup>126</sup> Prognose des polnischen Instituts für Touristik vom Mai 2002, <http://www.intur.com.pl/prognozy.htm>.

<sup>127</sup> Olexander Hryč, *Víza v dvojstranných vzťahoch: očakávaná, dôsledky a skúsenosti* [Visa in den bilateralen Beziehungen: Erwartungen, Folgen und Erfahrungen], in: *Duleba, Ukrajina a Slovensko. Hľadanie spoločných záujmov* (Anm. 113), S. 30–35.

### Regionen

Die Einführung der Visumpflicht wird sich unterschiedlich stark auswirken, namentlich die grenznahen Regionen auf beiden Seiten werden negative Konsequenzen zu spüren bekommen. In den strukturschwachen Gebieten des polnischen Ostens und Südostens und in der ärmlichen Westukraine<sup>128</sup> spielt die wirtschaftliche, nicht zuletzt informelle und schattenwirtschaftliche Verflechtung eine größere Rolle als in anderen Gebieten. Hier werden durch eine Neuregelung der Bedingungen für den Personenverkehr die im Verlauf der letzten Dekade intensivierten gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und zwischenmenschlichen Kontakte in Mitleidenschaft gezogen, sofern es nicht gelingt, rasch flexible Anwendungsformen der künftigen Einreisebestimmungen zu finden und umzusetzen.

Zusätzlich erschwert wird in besonderem Maße die grenznahe und grenzüberschreitende Kooperation. Die beiden Euroregionen, an denen Polen und die Ukraine beteiligt sind, Bug (zusammen mit Belarus) und Karpaten (zusammen mit der Slowakei, Ungarn und Rumänien), funktionieren ohnehin eher schlecht als recht. Während die Zusammenarbeit mit weißrussischen Partnern das Funktionieren der Euroregion Bug bislang fundamental erschwerte, krankt die Euroregion Karpaten an ihrer Überdimensionierung (ihr Territorium ist größer als Ungarn oder die Slowakei, aus Polen beteiligt sich die Wojewodschaft Podkarpackie, aus der Ukraine vier Oblasti), an den unterschiedlichen strukturellen Voraussetzungen in den Teilnehmerländern und nicht zuletzt an den abweichenden Kompetenzordnungen. Die hängt auch damit zusammen, daß die Euroregion Karpaten (wie auch die anderen Euroregionen im polnischen Osten) anders als die Euroregionen im Westen und im Süden Polens nicht als Zusammenschluß kommunaler Selbstverwaltungen konstruiert ist, sondern als Verband von Regionen, die teils in zentralisierte Verwaltungsstrukturen eingebaut sind, teils über beachtliche Selbstverwaltungskompetenzen verfügen.<sup>129</sup> Lange Zeit kam die bilaterale grenzüber-

<sup>128</sup> Vgl. zur sozial-ökonomischen Situation im polnisch-ukrainischen Grenzgebiet *Haase/Hudseljak*, Perspektiven und Probleme der neuen polnisch-ukrainischen Nachbarschaft (Anm. 72).

<sup>129</sup> Vgl. zur Problematik der Mitgliedschaft in den polnischen Euroregionen Hanna *Dumala*, *Czy istnieje »model« polskiego euroregionu?* [Gibt es das »Modell« einer polnischen Euroregion?], in: *Włodzimierz Malendowski/Marian Szczepaniak*

schreitende Kooperation nur schleppend voran. Die zuständige 1996 einberufene gemischte polnisch-ukrainische Regierungskommission funktionierte lange überhaupt nicht.<sup>130</sup> Legislative und administrative Barrieren, Korruption, unzureichende Infrastruktur, Mangel an wirtschaftlichen Sonderzonen behindern insbesondere die Entfaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg.<sup>131</sup> Gleichwohl konnten von der zur Dynamisierung der Euroregion einberufenen Karpatenstiftung eine Reihe sinnvoller Einzelprojekte in Bereichen wie Ökologie, Minderheitenschutz, kommunale Selbstverwaltung oder Landwirtschaft durchgeführt werden.<sup>132</sup> Die Euroregion Karpaten kann zumindest als Basis für Erhalt und Ausbau von Bindungen zwischen ihren künftig innerhalb und außerhalb der EU liegenden Mitgliedsländern betrachtet werden. Die Bewohner der Euroregion scheinen jedenfalls an einer Weiterentwicklung interessiert zu sein: Nur jeder Zehnte ist mit dem jetzigen Kooperationsniveau zufrieden, vier Fünftel sind aber gleichzeitig der Auffassung, die Euroregion Karpaten habe durchaus Zukunftsaussichten.<sup>133</sup>

## Handelsbeziehungen

Der Umfang des offiziellen Handels zwischen Polen und der Ukraine dürfte sich aufgrund des polnischen EU-Beitritts nicht wesentlich reduzieren. So sind in

(Hg.), *Euroregiony mosty do Europy bez granic* [Euroregionen als Brücken zu einem Europas ohne Grenzen], Warszawa 2000, S. 59–80.

**130** Zbigniew Krużyński, *Współpraca regionalna i transgraniczna* [Regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit], in: Barbara Wizińska (Hg.), *Rocznik polskiej polityki zagranicznej 2001* [Jahrbuch der polnischen Außenpolitik 2001], Warszawa 2000, S. 129–136 (133).

**131** Vgl. *Carpathian Euroregion: Prospects for Economic Trans-border Co-operation*, Bericht einer Konferenz vom 28.6.2001, S. 6–11; [www.sfpa.sk](http://www.sfpa.sk).

**132** Vgl. Marian Szczepaniak, *Fundacja Karpacka – przykład pozarządowego wspomaganie wielostronnej współpracy transgranicznej* [Die Karpatenstiftung als Beispiel einer nicht von der Regierung vorgenommenen Förderung einer vielseitigen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit], in: Malendowski/Szczepaniak, *Euroregiony mosty do Europy bez granic* (Anm. 130), S. 215–225.

**133** Sławomir Rębisz, *Prospects for Economic Trans-border Co-operation within the Carpathian Euroregion from the Polish Perspective*, in: *Carpathian Euroregion: Prospects for Economic Trans-border Co-operation*, Bericht einer Konferenz vom 28.6.2001, S. 49–76, [www.sfpa.sk](http://www.sfpa.sk).

den meisten Fällen EU-Zölle niedriger als die polnischen Sätze.<sup>134</sup> Bei den Zollsätzen werden drei Gütergruppen unterschieden: Güter, bei denen sowohl EU als auch Polen keine Zölle erheben; Güter, bei denen die polnischen Zölle höher sind als die der EU; Güter, bei denen die EU-Zölle höher sind als die polnischen. Der Löwenanteil des polnisch-ukrainischen Handels entfällt auf den zweiten Bereich, wo insofern eine Erleichterung des Marktzugangs eintreten wird (etwa bei metallurgischen Produkten). Vor allem bei der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach Polen (diese fallen allerdings nicht so stark ins Gewicht) wird es zu einer Erhöhung der Zollsätze kommen.

Die kurzfristig größte Herausforderung für ukrainische Exporteure besteht darin, sich rasch an die Zertifizierungskriterien, die technischen Standards und die Verbraucherschutzbestimmungen der EU anzupassen, die auch für Polen maßgeblich sind. Überdies können ukrainische Unternehmen, die nach Polen exportieren, auch von Anti-Dumping-Maßnahmen der EU betroffen werden.

Der Tatbestand eines tendenziell sogar offeneren polnischen Marktes ist besonders wichtig für die grenznahen Regionen der Ukraine. Dort spielt der polnisch-ukrainische Handel, wie die Wirtschaftsbeziehungen generell, eine bedeutende Rolle. So ist das Nachbarland der zweitwichtigste Absatzmarkt für Exporteure aus dem Gebiet Lemberg.

## Polens EU-Beitritt: Nur Nachteile für die polnisch-ukrainischen Beziehungen?

Der polnische EU-Beitritt wird die Kooperation zwischen Polen und der Ukraine in mehreren Bereichen negativ berühren. Die gesellschaftlichen und nicht-standardmäßigen wirtschaftlichen Kontakte werden durch die Einführung eines restriktiven Visumsregimes erschwert. Weniger Ukrainer werden nach Polen fahren können, und die, die einreisen

**134** Vgl. hierzu und zur Gesamthematik: Tomasz Paszewski, *Wpływ wejścia Polski do Unii Europejskiej na stosunki handlowe z Rosją, Litwą, Białorusią, Ukrainą i Słowacją* [Auswirkung des polnischen EU-Beitritts auf die Handelsbeziehungen zu Rußland, Litauen, Belarus, der Ukraine und Slowakei], in: Tomasz Paszewski (Hg.), *Polska granica wschodnia granicą Unii Europejskiej* [Die polnische Ostgrenze als Grenze der EU], Warszawa (*Centrum Stosunków Międzynarodowych*, Raporty i Analizy, Nr. 7/2000), S. 22–28; Volodymyr Sidenko, *Expansion of the European Union Eastward: Consequences for Ukraine*, in: *National Security and Defence* (2000) 9, S. 25–28, [www.uceps.com.ua/eng/all/journal/2000\\_12/html/](http://www.uceps.com.ua/eng/all/journal/2000_12/html/).

wollen, müssen Formalitäten erledigen. Kommunen und Regionen werden es schwerer haben, ihre Kontakte auszubauen. Der Eindruck, es entstehe ein neuer »Papierener Vorhang« an der polnischen Ostgrenze, führt zu Enttäuschung – nicht nur bei Business-Touristen und Kleinhändlern, sondern auch bei der westlich orientierten, politischen und kulturellen Elite in der Westukraine. Insbesondere in Galizien, dem »Piemont der Ukraine«<sup>135</sup>, mit seiner Metropole Lemberg, der Hochburg des ukrainischen Nationalismus, aber auch des national-demokratischen ukrainischen Patriotismus, scheint sich Depression und Resignation auszubreiten. Blicken sie nach Osten, sehen die Verfechter einer weitgehend von Rußland abgenabelten Ukraine eine politische Führung, die sich zunehmend mit Moskau arrangiert. Blicken sie nach Westen, haben sie die Aussicht, aus Europa »ausgesperrt« zu werden. Mögen diese Wahrnehmungen auch verzerrt sein, sie sind durchaus real.

Daher ist wichtig, auch auf die positiven Konsequenzen der polnischen EU-Mitgliedschaft hinzuweisen:

- ▶ Darauf, daß die Ukraine mit Polen einen »Anwalt« in der Union gewinnt, der mit Nachdruck auf die Belange des östlichen Nachbarn hinweisen und die Mitgliedstaaten an ihre gemeinsame Verantwortung für die Ukraine und andere Länder jenseits der polnischen Ostgrenze erinnern wird.
- ▶ Darauf, daß die Ukraine an ihrer Westflanke eine stabile und transparente Grenze erhält. Eine Grenze, die für Illegalität und Kriminalität schwerer zu überwinden, jedoch für Bürger nicht ohne bürokratische Hindernisse, aber nach vorgegebenen Kriterien durchlässig ist.
- ▶ Darauf, daß durch die Modernisierung der grenznahen Infrastruktur im einzelnen, vor allem aber durch mit Brüsseler Geldern ermöglichten regionalen Aufschwung im östlichen Polen ein Entwicklungsschub zustande kommen kann, von dem auch die ukrainische Seite profitieren würde.
- ▶ Darauf, daß gerade im Bereich der grenzüberschreitenden Regional Kooperation neue Möglichkeiten entstehen können.

Um die mittel- und längerfristigen, vielfach als abstrakt empfundenen Chancen der polnischen EU-

Mitgliedschaft für die Ukraine vermitteln zu können, kommt es darauf an, die kurzfristigen und konkreten Negativfolgen abzumildern, müssen vor allem Vorschläge zur elastischen Umsetzung des Grenzregimes aufgegriffen<sup>136</sup> und die etwa von der polnischen Regierung avisierten Maßnahmen zügig und mit Hilfe aus Brüssel und der anderen Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

<sup>135</sup> Vgl. zu diesem Begriff Katarzyna Wolczuk, Ukraina a kwestia rozszerzenia Unii Europejskiej: Potencjalne konsekwencje na szczeblu regionalnym [Ukraine und die Frage der Erweiterung der EU. Potentielle Konsequenzen auf der regionalen Ebene], in: Paszewski, Polska granica wschodnia granicą Unii Europejskiej (Anm. 134), S. 46–55 (52).

<sup>136</sup> Vgl. etwa die von polnischen Fachleuten vorgestellten Ideen zur Ausgestaltung der Visumpolitik: Polska polityka wizowa [Die polnischen Visumpolitik], www.batory.org.pl.



## Europäische Interessen, polnische Interessen: Kompatibilität oder Friktion?

Polen wird versuchen, seine – wie auch immer definierte – strategische Partnerschaft mit der Ukraine in die Europäische Union »mitzunehmen«. Dies wirft die Frage auf, inwieweit Polens ukrainepolitische Vorstellungen mit den Interessen der EU bzw. der europäischen Partner Warschau übereinstimmen, wie sich die Ziele Warschaus in den Kontext europäischer Ost- und Rußlandpolitik einordnen und wie sie sich im politischen Gefüge der EU artikulieren werden.

### Europäische Interessen

Wie gestalten sich die Interessen der EU mit Blick auf die Ukraine?<sup>137</sup>

- ▶ Primäres Interesse Europas ist es, die *Stabilität* in der Ukraine zu erhöhen und ihre interne wie externe *Erwartungsverlässlichkeit* zu steigern. Hierzu ist es in erster Linie notwendig, die sozioökonomische Transformation zu beschleunigen und soweit voranzutreiben, daß der Ukraine der Status einer Marktwirtschaft zuerkannt werden kann. Zu bedenken ist jedoch: Sowohl anhaltende wirtschaftliche Stagnation als auch eine wirtschaftspolitische Initialzündung können gesellschaftliche Verwerfungen hervorbringen, unter Umständen mit politischen Implikationen. Gleichzeitig muß das Funktionieren demokratischer Strukturen und die Einhaltung rechtsstaatlicher Mindeststandards gewährleistet sein. Effizienz und Transparenz der staatlichen und parastaatlichen Verwaltung müssen substantiell verbessert werden.
- ▶ Zur Erlangung von Stabilität gehört auch die Festigung der *Staatlichkeit*. Ungeachtet des vielfach diagnostizierten wachsenden russischen Einflusses in der ukrainischen Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und letztlich auch Politik ist hier gleichwohl Fortschritt auszumachen. Zumindest haben sich die Anfang der 90er Jahre verbreiteten Szenarien eines

<sup>137</sup> Vgl. hierzu v.a. das von der Kommission am 27. Dezember 2001 angenommene Länderstrategiepapier Ukraine (CSP); Ukraine: Country Strategy Paper 2002–2006 & National Indicative Programme 2002–2003, [http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/ukraine/csp/02\\_06en.pdf](http://europa.eu.int/comm/external_relations/ukraine/csp/02_06en.pdf).

Zerfalls der Ukraine zum Beispiel in einen »national-ukrainischen« Westen und einen »russischen« Osten nicht bewahrheitet. Gleichwohl stehen die Stärkung des Staatsapparates und die gleichmäßige Entwicklung der ukrainischen Regionen nach wie vor auf der Tagesordnung. Europa muß schon deswegen an einer hohen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Kohäsion der Ukraine und einer weiteren Vertiefung der ukrainischen Staatlichkeit interessiert sein, weil Entwicklungsdisparitäten das Problem der an der Peripherie der Ukraine liegenden »sudetoiden Zonen« brisant machen könnte.<sup>138</sup>

- ▶ Der letztgenannte Aspekt hängt teilweise auch mit der Frage von (eventuellen) Nationalitätenkonflikten zusammen. Europa hat ein essentielles Interesse daran, daß in seiner künftigen östlichen Nachbarschaft *keine ethnisch bedingten Spannungen* bzw. *Minoritätenkonflikte* aufbrechen. Insofern ist es von Bedeutung, daß die Ukraine die Stellung ihrer nationalen Minderheiten geregelt hat, daß sie vertraglich abgesicherte gutnachbarschaftliche Beziehungen zu den angrenzenden Staaten gesucht hat und daß sich das Verhältnis zwischen der ukrainischen und der russischsprachigen Gemeinschaft im Sinne einer konstruktiven Koexistenz entwickelt.
- ▶ Außen-, innen- und wirtschaftspolitische Berechenbarkeit setzt einen strategischen Elitenkonsens über die fundamentalen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reformvorhaben voraus. Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, daß sich auf der Ebene der Exekutive und – aufgrund der Mehrheitsverhältnisse seit den letzten Parlamentswahlen – auch in der Legislative zumindest auf rhetorischer Ebene in einigen Bereichen ein solcher Konsens herausgebildet hat. Dies kann insbesondere mit Blick auf die »europäische Wahl« der Ukraine attestiert werden. Was die Realisierung dieser Ziele angeht, bestehen nach wie vor beträchtliche Defizite.
- ▶ Ein besonderes Interesse besteht aus europäischem Blickwinkel an der, im weiteren Sinne verstandenen, *inneren* Sicherheitslage. Mögliche Sicherheits-

<sup>138</sup> Duleba, *Ukraina a Slovensko* (Anm. 14), S. 99.

risiken durch organisierte Kriminalität, Migration, Drogenschmuggel, Menschenhandel oder internationalen Terrorismus, die aus Ländern wie der Ukraine auf das Gebiet der EU gelangen könnten, waren und sind wesentliche Motive, weswegen Brüssel und viele Hauptstädte auf eine rasche Implementierung neuer Einreisebestimmungen und die Verbesserung des Grenzschutzes an der künftigen EU-Außengrenze drängen. Auch um Migrationsdruck nachhaltig zu reduzieren und der Entstehung von gesellschaftlichen Pathologien entgegenzuwirken, ist ein Abbau des Wohlstandgefälles zwischen der EU und der Ukraine notwendig.

- ▶ Ein dominierendes Thema in den Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine war lange Zeit die Frage der Reaktorsicherheit, konkret der Stilllegung des Kernkraftwerks in Tschernobyl und ihre finanzielle Absicherung. Da in der Ukraine insgesamt ein halbes Dutzend Kernkraftwerke steht, wird die Problematik der Reaktorsicherheit auch weiterhin auf der europäisch-ukrainischen Agenda stehen müssen.
- ▶ Europa geht es darum, die Unabhängigkeit und Staatlichkeit der Ukraine zu stützen, dies aber nicht als gegen Rußland gerichteten Prozeß auszuformen. Würde die Unterstützung der Ukraine Interferenzen/Irritationen? im Verhältnis zu Rußland erzeugen, würde Europa sein ukrainepolitisches Profil zurücknehmen. Sowohl hinsichtlich Rußlands als auch mit Blick auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation in der Ukraine wird die EU daran interessiert sein, sinnvolle Bindungen zwischen beiden Ländern nicht zu kappen. Dies legt die Schlußfolgerung nahe, die Kooperationsformen und Annäherungsprozeduren Rußlands und der Ukraine an die EU aufeinander abzustimmen.
- ▶ Verhältnismäßig deutlich brachte Europa sein Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Ukraine auf dem Gebiet von Transport und Transit zum Ausdruck. »Aufgrund seiner Häfen und Pipeline-netzwerke kommt der Ukraine eine wichtige Rolle als Transitland zu, insbesondere für die Energieversorgung der EU.«<sup>139</sup> Durch die Programme TRACECA und INOGATE soll die Ukraine in neue und besser ausgebaute Transportkorridore zwischen Europa und Zentralasien eingebettet und an die transeuropäischen Netze angebunden werden.

<sup>139</sup> Ukraine: Country Strategy Paper 2002–2006 (Anm. 137), S. 3.

## Polnische Interessen

Polens Interessen deuten mehrheitlich in dieselbe Richtung. Allerdings können in einigen Fragen Differenzen ausgemacht werden.

- ▶ *Rußland* war immer ein elementarer Faktor in den polnischen Überlegungen zur Ukraine-Politik. In der klassischen Variante der prometheischen Ostpolitik wird die Ukraine, wie erwähnt, als Bestandteil einer Pufferzone zum Schutz vor imperialen Bestrebungen Rußlands verstanden. In der moderateren Version der polnischen Ostpolitik, wie sie sich seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre durchsetzte, kam der Ukraine die Funktion eines geopolitischen Gegengewichts zu Rußland zu. Auch wenn sich die polnische Ukraine-Politik gegenwärtig auf dem Prüfstand befindet, wird Warschau weiterhin dazu tendieren, die Geschehnisse in der Ukraine im Lichte seiner Rußland-Politik zu analysieren. Polen, welches der bislang vorherrschenden ostpolitischen Strömung zufolge die Existenz einer unabhängigen Ukraine praktisch zum Bestandteil seiner Staatsraison zählt, ist daher stärker als seine europäischen Partner an der Festigung der nationalen Souveränität der Ukraine im Sinne einer langfristigen Emanzipation von russischem Einfluß interessiert.
- ▶ Es ist daher daran interessiert, solche Projekte zu unterstützen, die die Ukraine wirtschaftlich, politisch und sicherheitspolitisch stärken, und Vorhaben zurückhaltend zu behandeln, die die Ukraine gegenüber Rußland schwächen könnten. Dies zeigt sich besonders anschaulich bei den sicherheits-, wirtschafts- und energiepolitisch sensiblen Vorhaben im Bereich des *Pipelinebaus*. Polen hat sich daher etwa in der Frage der Jamal-Pipeline und des »Gasleitungsby-pass«, wenn auch ohne Erfolg, ursprünglich mit der Ukraine gegen Rußland solidarisiert. Und Polen bekundet deswegen besonders starkes Interesse an der Realisierung des Erdölpipelineprojekts Odessa–Brody–Danzig.
- ▶ Polens Belange decken sich prinzipiell mit den europäischen, wenn es um die Errichtung eines gut funktionierenden Außenschutzes seiner Ostgrenze geht. Polen ist eines der Transit- und Zielländer für illegale Migration nach Westen. Dennoch votiert es für flexiblere Mechanismen des Grenzregimes. Übergeordnetes Ziel polnischer Außenpolitik ist es, durch den EU-Beitritt keine »neuen Trennungslinien« und keinen »neuen Eisernen Vorhang« in Europa entstehen zu lassen. Denn erstens strebt

Polen danach, die interregionale Kooperation auf beiden Seiten der künftigen Außengrenze nicht übermäßig zu erschweren. Zweitens möchte es die wirtschaftlichen Aspekte des regionalen Austauschs zwischen Südostpolen und der Westukraine nicht reduzieren. Und drittens will es die gesellschaftlichen und menschlichen Kontakte aufrechterhalten, wobei die Beziehungen zwischen den nationalen Minderheiten eine besondere Rolle spielen. Polen wird voraussichtlich danach trachten, der Ukraine längerfristig die Aussicht auf Streichung von der »Schwarzen Liste« der EU einzuräumen. Deswegen wird Polen sich für Maßnahmen einsetzen, die den Auf- und Ausbau der »weichen« ukrainischen Ostgrenze unterstützen.

- ▶ Polen möchte aus Gründen der innerpolnischen Kohäsion verhindern, daß sein strukturschwacher Südosten in eine Peripheriesituation gelangt. Unter dem Gesichtspunkt der Stärkung prowestlicher gesellschaftlicher und demokratischer Kräfte in der Ukraine möchte es die Austauschbeziehungen mit potentiellen Trägerschichten jenseits der Grenze aufrechterhalten.
- ▶ Polen ist in stärkerem Maße als seine europäischen Partner an einem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zur Ukraine interessiert. Während für die EU der Handel mit der Ukraine eine quantité négligeable darstellt, empfindet man in Polen das Gefühl ungenutzter Chancen in den Wirtschaftskontakten, von denen sowohl Polen als auch die Ukraine profitieren könnten.
- ▶ Aus all diesen Gründen wird Polen dafür plädieren, die finanzielle Assistenz für die Ukraine auszubauen, gegebenenfalls neue Hilfsschemata fordern. Bekanntlich besteht eine enorme Diskrepanz zwischen den Vorbeitrittshilfen für die Länder Ostmitteleuropas und den Mitteln für die GUS-Staaten. Eine Aufstockung der Hilfen für die Ukraine könnte in einem beachtlichen Ausmaß Polen zugute kommen.<sup>140</sup> Polnische Experten fordern eine Erhöhung der finanziellen Hilfe für die Ukraine auf das Niveau der PHARE-Unterstützung.<sup>141</sup>

**140** Allein die PHARE-Mittel für Ostmitteleuropa lagen zwischen 1995 und 1999 bei 6,7 Mrd. US-Dollar, die TACIS-Programme für alle GUS-Länder und die Mongolei zwischen 1994 und 1998 umfaßten 2,5 Mrd. US-Dollar. Die Kluft nahm in den Folgejahren noch zu; vgl. Verena Fritz, *New Divisions in Europe? East-Eastern Divergence and the Case of Ukraine*, (EUI Working Paper, RSC No. 2000/63), S. 24.

**141** *Berdychowska/Żurawski vel Grajewski/Gromadzki, Nowe sąsiedztwo – nowe stowarzyszenie* (Anm. 100), S. 10.

- ▶ Polen scheint in stärkerem Maße als Europa daran interessiert zu sein, die Ukraine und andere Länder aus der östlichen Nachbarschaft als Herkunftsland erwünschter Einwanderung zu betrachten. Für Außenminister Cimoszewicz werden die Länder in der EU-Nachbarschaft eine »Quelle kontrollierter externer Immigration« zur Kompensation demographisch bedingter Engpässe in Europa.<sup>142</sup>
- ▶ Schließlich hat Polen bei der Ausgestaltung seiner Beziehungen zur Ukraine auch die schon mehrfach angesprochene Situation der Minderheiten zu berücksichtigen: der Polonia jenseits der polnischen Ostgrenze, aber auch der ukrainischen Minderheit in Polen.

### Zur polnischen Ukrainepolitik in der EU

Zu den Konsequenzen der unterschiedlichen Akzentsetzung gehörten gelegentlich europäisch-polnische Friktionen (wie vorübergehend in der Frage der Gaspipeline), polnische Vorwürfe, in Westeuropa verfolge man eine ignorante und Rußland-lastige Ostpolitik,<sup>143</sup> und nicht zuletzt eine Orientierung auf Amerika, dem man eine bessere Ukraine-Politik zuerkannte. Bei Gesprächen polnischer Spitzenpolitiker mit amerikanischen Kollegen ist die Situation in der Ukraine in der Regel ein Thema. Beim jüngsten Amerika-Besuch des polnischen Staatsoberhauptes äußerten Aleksander Kwaśniewski und George Bush gemeinsam ihre Unterstützung für das Streben der Ukraine in die europäischen Strukturen und die Durchführung demokratischer Reformen.<sup>144</sup> Eine Frucht der polnisch-amerikanischen Bemühungen um die Ukraine ist die Initiative PAUCI (Poland–America–Ukraine Cooperation Initiative), welche Kooperationsvorhaben mit ukrainischen Partnern im Bereich

**142** Rede des polnischen Außenministers Włodzimierz Cimoszewicz, *European Union the Day after Enlargement: The Polish Perspective*, London, 24.7.2002, [www.ms.gov.pl/MSZ/Minister/Minister\\_powiedzial/show.php?id=2002\\_07\\_24\\_01](http://www.ms.gov.pl/MSZ/Minister/Minister_powiedzial/show.php?id=2002_07_24_01).

**143** Marek J. Calka, *Nová geopolitická situace Polska po pádu komunismu a rozpadu Sovětského svazu* [Die neue geopolitische Situation Polens nach dem Untergang des Kommunismus und dem Zerfall der Sowjetunion], in: Vladimír Leška u.a., *Rusko, Polsko, Střední Evropa: dědictví minulosti a současnost* [Rußland, Polen, Mitteleuropa: das Erbe der Vergangenheit und die Gegenwart], Praha 1998, S. 45–54 (48).

**144** Buš i Kwasniewskij podderżat Ukrainu na puti k reformam [Busch und Kwasniewski werden die Ukraine auf dem Weg der Reformen unterstützen], [www.part.org.ua](http://www.part.org.ua), 19.7.2002.

Wirtschaftspolitik, Entwicklung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, kommunale Selbstverwaltung und europäische Integration unterstützt.<sup>145</sup> Allerdings scheint – vielleicht infolge einer Abkühlung des amerikanischen Interesses für die Ukraine nach »Kučma-Gate«, angeblichen Verwicklungen der Ukraine in Waffenexporte in den Irak und nicht zuletzt nach dem 11. September – die Zusammenarbeit im Dreieck Washington–Warschau–Kiew zumindest vorübergehend an Intensität eingebüßt zu haben.<sup>146</sup>

Die ostpolitischen Debatten in Polen, die Ernüchterung über die Entwicklung in der Ukraine und Warschaws neue Offenheit gegenüber Rußland deuten gleichwohl darauf hin, daß ukrainepolitische Positionsdifferenzen zwischen Polen und seinen europäischen Partnern eher rückläufig sind. Der Bereich, in dem indessen Meinungsverschiedenheiten weiterhin präsent sein können, ist die Formulierung von *Konzeptionen* für die Zusammenarbeit der EU mit der Ukraine.

Wird die angestrebte Intensität der Heranführung der Ukraine an die Europäische Union als Kriterium zugrunde gelegt, lassen sich vier Zielzustände unterscheiden.

► *Mitgliedschaft*: Dies ist das von der Ukraine offiziell erklärte und in einem mehrstufigen Zeitplan (mit Beitrittsdatum 2011) angestrebte strategische Ziel.<sup>147</sup> Aus Sicht der EU ist eine solche Festlegung ausgeschlossen. In Frage käme lediglich, daß der Ukraine eine zunächst zeitlich nicht präziserte Mitgliedschaftsperspektive eingeräumt wird. Hiermit würde Brüssel dem Drängen der Ukraine stattgeben. Der Vorteil dieser Variante liegt darin, daß die EU zumindest die Möglichkeit hätte, über das Instrumentarium der Beitrittskonditionen Reformen zu unterstützen und Fehlentwicklungen entgegenzutreten. Die prowestlichen Kräfte in Kiew

**145** PAUCI wird im wesentlichen von amerikanischer Seite (USAID) finanziert und unterhält ein Büro in Warschau und in Kiew; vgl. [www.pauci.org](http://www.pauci.org).

**146** So Polens Außenminister *Cimoszewicz*, *Misce Ukraïny v zakordonnij polityci Pol'schi zališajet'sja nezminno važlyvym* [Der Platz der Ukraine in der Außenpolitik Polens bleibt unverändert wichtig], in: *Naše Slovo*, (2001) 50.

**147** Rede des Präsidenten der Ukraine vor dem Parlament der Ukraine, *Jevropejs'kyj vybir. Konceptual'ni zasady stratehii ekonomichnoho ta social'noho rozvytku Ukraïny na 2002–2011 roky* [Europäische Wahl. Konzeptionelle Grundlagen der Strategie für wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Ukraine 2002–2011], [www.president.gov.ua/officdocuments/officmessages/88757481](http://www.president.gov.ua/officdocuments/officmessages/88757481).

hätten ein starkes Argument für die Beschleunigung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbaus. Nachteilig könnte sich auswirken, daß sich die EU damit selbst unter Druck setzte und überdies einen erweiterungsbedingten »overstretch« riskierte, bevor die erste Osterweiterung verdaut ist.

- Eine zweite Option läge in der Offerte eines wie auch immer gearteten *Assoziierungsstatus ohne Mitgliedschaftsanwartschaft*. Gedacht werden könnte neben einer handelspolitischen Anbindung oder intensivierten materiellen und technischen Unterstützungsmechanismen beispielsweise an »Teilmitgliedschaften«.<sup>148</sup> Dieses Kooperationschema wäre inhaltlich ausbaufähig und könnte irgendwann um eine Mitgliedschaftsoption erweitert werden. Die EU würde sich dadurch mitgliedschaftspolitisch nicht unter Druck setzen, gleichwohl aber über Ansatzpunkte für Konditionalitäten verfügen. Die Ukraine wäre an die EU angebunden, könnte sich weiter an sie »heranarbeiten«, hätte aber innen- und reformpolitisch nicht den Impuls einer Aussicht auf Mitgliedschaft.
- Eine dritte Möglichkeit böte die Nutzung und *Vertiefung* all derjenigen Angebote, die im bisherigen Kooperationsrahmen, also im *Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA)* und in der Gemeinsamen Strategie, enthalten sind. Der Vorteil der Variante eines mit Leben erfüllten PKA läge darin, die breite Palette der theoretisch vorliegenden Kooperationsformen zunächst einmal auszuschöpfen, bevor neue Modelle konzipiert werden. Für die Ukraine hieße dies aber, daß für ihre langfristigen europapolitischen Ziele zunächst einmal kein Fortschritt zu verbuchen wäre. Es könnte daher das Gefühl entstehen, die »europäische Wahl« des Landes würde zurückgewiesen.
- Eine vierte Variante, weniger das Produkt konzeptioneller Überlegungen als das Resultat fehlender Kommunikation und mangelnden Engagements auf beiden Seiten, wäre *ein Fortbestehen des jetzigen Kooperationsrahmens*, ohne daß er dynamisiert wird. Ein solches »einschlafendes« PKA hätte zur Folge, daß die Ukraine sowohl faktisch als auch in ihrer subjektiven Empfindung von der EU links liegen gelassen würde.

**148** Michael *Emerson u.a.*, *The Elephant and the Bear: The European Union, Russia and Their Near Abroads*, Brüssel: CEPS, Oktober 2001.

Die Kehrseite der Heranführung der Ukraine an die EU ist die nachlassende Kooperationsdichte mit Rußland bzw. den Strukturen im postsowjetischen Raum, in die Rußland involviert ist. Durch eine langfristige Option einer EU-Mitgliedschaft würde die Ukraine aus ihrer jetzigen ambivalenten Position in den Status einer sich (mit Europa) integrierenden Peripherie übertreten.<sup>149</sup> Die Varianten zwei und drei hingegen würden die Ukraine in ihrer zwiespältigen Position belassen. Option vier würde das Land wiederum schnell auf eine (weiter) zunehmende Integration mit Rußland zubewegen.

Eine zweiter Fragenkreis dreht sich um die Gestaltung der Kontakte zur Ukraine und zu anderen östlichen Nachbarn: bilateral oder in einem multilateralen Rahmen. Letzterer böte zwar die Chance einer ganzheitlichen Annäherung an die EU-Outs, könnte aber auch das Risiko enthalten, den Spezifika der jeweiligen nationalen Situation nicht gerecht zu werden.

Wo reiht sich Polen in der Diskussion um diese Pläne ein? In den bisherigen einschlägigen offiziellen Äußerungen finden sich Hinweise auf Polens Vorstellungen zur Ausgestaltung der europäischen Ostpolitik, die auch Ideen über die Stellung der Ukraine enthalten.<sup>150</sup>

- Der bislang eindeutigste Beleg für Polens Haltung ist die offizielle Unterstützung des ukrainischen Strebens nach »Integration in die europäischen Strukturen«. <sup>151</sup> Von der polnischen Außenpolitik wird daher Unterstützung für einen baldigen Assoziierungsstatus für die Ukraine zum Ausdruck gebracht. Präsident Kwaśniewski vertrat die Auffassung, die Ukraine sollte diesen Status zeitgleich mit dem polnischen EU-Beitritt im Jahr

**149** Emerson u.a. unterscheiden vier Grenzsituationen zwischen der EU und ihrer östlichen und südöstlichen Nachbarschaft: clear-cut periphery (eindeutige Abgrenzung zwischen zwei Imperien); integrating periphery (reales oder wahrscheinliches Einklinken in Integrationsprozesse der EU oder um Rußland); divided periphery (Unklarheit über weitere Entwicklung, Hin- und Hergerissenheit zwischen EU und Rußland; hierhin gehören die Ukraine und Moldova); overlapping periphery (Überschneidung beider Integrations-sphären, z.B. Kaliningrad). *Emerson u.a., The Elephant and the Bear* (Anm. 148), S. 29ff.

**150** Maßgeblich in diesen Zusammenhang sind vor allem: *Polityka wschodnia Unii Europejskiej* (Anm. 120); *Cimoszewicz, European Union the Day after Enlargement* (Anm. 142).

**151** Dies erklärte Polens Außenminister gegenüber seinem Amtskollegen Zlenko bei dessen Besuch in Warschau im März 2002. *Polskie poparcie dla Ukrainy [Polnische Unterstützung für die Ukraine]*, in: RP, 14.3.2002.

2004 erhalten.<sup>152</sup> Die ukrainische Assoziierung wäre Bestandteil einer generellen Assoziierungspolitik mit den östlichen Nachbarn, die man sich in Warschau wie folgt vorstellt: »In bestimmten Fällen und nach Erfüllung der vorgesehenen Bedingungen sollte man in Zukunft den Abschluß von Abkommen über eine Zollunion oder von Assoziierungsverträgen der neuen Generation nicht ausschließen. Gleiches gilt – bereits in näherer Perspektive – für den Abschluß einer Freihandelszone mit den Ländern, die der Annahme entsprechender Lösungen zustimmen. Dies betrifft insbesondere Rußland und die Ukraine, für die eine solche Möglichkeit in den Partnerschafts- und Assoziierungsabkommen vorgesehen wurde. Hinsichtlich der übrigen Länder sollte man – insbesondere im neuen Finanzrahmen der EU nach 2006 – die Perspektive einer Steigerung der Hilfe im Rahmen der TACIS-Programme entwickeln.«<sup>153</sup>

- Das offizielle Warschau ist, was den ukrainischen Wunsch nach Aussicht auf EU-Mitgliedschaft angeht, noch zurückhaltend, läßt aber durchblicken, daß Europa den östlichen Nachbarn, mit denen PKAs abgeschlossen wurden, Entwicklungsperspektiven vorstellen sollte, »ohne daß irgendeine Option ausgeschlossen wird und ohne daß a priori die Grenzen der neuen geopolitischen Landkarte Europas gezeichnet werden«. <sup>154</sup> Mit diesen Optionen ist zweifelsohne auch die Möglichkeit eines ukrainischen EU-Beitritts gemeint (sicherlich nicht die eines russischen). Auch wenn sich die Warschauer Regierungspolitik noch vorsichtig geriert, ist prinzipiell eine ausgeprägte Neigung vorhanden, das Endziel einer ukrainischen EU-Mitgliedschaft ins Spiel zu bringen. »Ein offenes Nein zum Wunsch der Ukraine, Mitglied der EU zu werden, birgt das Risiko wachsender Instabilität aufgrund einer Zurückweisung. Deswegen sollte die Europäische Kommission für die Ukraine eine Perspektive formulieren, sei es auch langfristig, Mitglied der EU werden zu können, vorausgesetzt das Land erfüllt seinen Teil der Aufgabe.«<sup>155</sup> Eindeutig äußern sich etwa die bereits zitierten polnischen Fachleute in ihrem Strategiepapier über die

**152** Dies erklärte Polens Präsident gegenüber dem ukrainischen Außenminister Zlenko im März 2002; *Poľše – členstvo, Ukraine – asociáciu [Für Polen die Mitgliedschaft, für die Ukraine die Assoziierung]*, in: *Den'*, 15.3.2002.

**153** *Polityka wschodnia Unii Europejskiej* (Anm. 120).

**154** Ebd.

**155** Ebd.

Ukraine. Ihnen zufolge soll die Ukraine in ihrem Bemühen unterstützt werden, »einen Assoziierungsvertrag mit einer nicht zeitlich festgelegten, aber deutlich anerkannten, an die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien geknüpften Mitgliedschaftsperspektive der Ukraine in der EU« zu unterzeichnen.<sup>156</sup> Damit stößt Warschau indessen bei seinen westeuropäischen Partnern auf wenig Resonanz.<sup>157</sup> In mehreren EU-Ländern scheint das Verständnis für die Anliegen Kiews zwar zu wachsen, ohne daß sie jedoch Kiew eine Mitgliedschaftsoption offerieren wollen.

- ▶ Als Anwalt einer eventuellen EU-Mitgliedschaft der Ukraine wird Polen vermutlich darauf drängen, die Beziehungen der EU zur Ukraine ohne spezifische Rücksichtnahme auf die Wirtschaftsintegration in der GUS bzw. anderen Rußland-zentrierten Kooperationsstrukturen zu gestalten. Im polnischen Außenministerium ist man der Ansicht, die EU solle den Staaten, die auf dem Gebiet der UdSSR entstanden sind, »Perspektiven für alternative Entwicklungswege und den Aufbau neuer wirtschaftlicher Bindungen sowie einer realen Wahlmöglichkeit ihrer geopolitischen Orientierung« geben.<sup>158</sup> In der EU hingegen akzentuiert man traditionell stärker die Bande zwischen der Ukraine und Rußland, wenn auch das Ukraine-Strategie-Papier der Kommission durchaus die Frage der ukrainischen Unabhängigkeit und des russischen Einflusses in der Ukraine anspricht.<sup>159</sup>
- ▶ Gleichzeitig wird Polen Vorhaben stärker forcieren, die die geostrategische und geoökonomische Position der Ukraine aufwerten können. Polens Interesse an der Umsetzung der Erdölpipeline Brody–Danzig beruht auch auf deren Bedeutung für die Weiter-

<sup>156</sup> *Berdychowska/Zurawski vel Grajewski/Gromadzki, Nowe sąsiedztwo – nowe stowarzyszenie* (Anm. 100), S. 10.

<sup>157</sup> Etwa beim Brief der Außenminister des Warschauer Dreiecks anlässlich des zehnten Jahrestags der Unabhängigkeit der Ukraine, in dem sich Polen den vorsichtigen Positionen seiner deutschen und französischen Partner beugen mußte; Gemeinsamer Offener Brief der Außenminister des Weimarer Dreiecks – Frankreich, Deutschland und Polen – zum 10. Jahrestag der Unabhängigkeit der Ukraine, [www.deutsche-botschaft.kiev.ua](http://www.deutsche-botschaft.kiev.ua).

<sup>158</sup> *Polityka wschodnia Unii Europejskiej* (Anm. 120).

<sup>159</sup> *Auswärtiges Amt. Planungsstab/Ministère des Affaires Étrangères. Centre d'analyse et de prévision, Ein Europa mit dreißig und mehr Mitgliedern. Gemeinsame deutsch-französische Studie* (November 1998–Juni 2000); *Ukraine: Country Strategy Paper 2002–2006 & National Indicative Programme 2002–2003*, [http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/ukraine/csp/02\\_06en.pdf](http://europa.eu.int/comm/external_relations/ukraine/csp/02_06en.pdf).

- entwicklung alternativer (zu Rußland) Transportkorridore nach Westen. Diese wiederum sind Schlüsselvorhaben für die Zukunft der GUUAM-Gruppe. [GUUAM dt. Langform bzw. Umschreibung]
- ▶ Schließlich kann erwartet werden, daß Polen sich dafür einsetzt, daß die Beziehungen der EU zur Ukraine nicht eine bloße Funktion der Beziehungen zu Rußland sind. Polen wird darauf bedacht sein, daß seine »westlichen Partner sich für alle Länder auf dem Gebiet der GUS interessieren« und daß Brüssel diese Staaten stärker in ihrer Eigenschaft als Völkerrechtssubjekte unterstützt. Dezielter als bisher wird Warschau danach trachten, daß Brüssel »dauerhafte politische Rahmenbedingungen mit den Ländern der GUS [aufbaut], die unabhängig sind von den Beziehungen der EU zu Rußland«. <sup>160</sup> Sollte sich die (allein aufgrund der politischen Bedeutung und des Zustands der Wirtschaft durchaus wahrscheinliche) Situation ergeben, daß die Beziehungen zwischen der EU und Rußland sich dynamischer entwickeln als zwischen der EU und der Ukraine, wird Polen dafür votieren, daß diese Lücke baldmöglichst geschlossen wird. Gerade was den außen- und sicherheitspolitischen Dialog der EU mit Rußland angeht, will man verhindern, daß die Ukraine (und andere) ins Abseits geraten: »Die Entwicklung des sicherheitspolitischen Dialogs [der EU] mit Rußland im Rahmen der strategischen Partnerschaft sollte die Intensität der Zusammenarbeit der Union mit den übrigen Ländern in diesem Raum nicht negativ beeinflussen.«<sup>161</sup>
  - ▶ Polen wird versuchen, seinen Ukraine-politischen Plänen dadurch Nachdruck zu verleihen, daß es sie zusammen mit anderen Neumitgliedern aus der Region lanciert. Auf einem Treffen im ostslowakischen Košice brachten die Außenstaatssekretäre aus Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn und der Ukraine ihren Willen zum Ausdruck, die Kooperation zwischen den Visegrád-Ländern und der Ukraine innerhalb der EU und konkret im Rahmen der Gemeinsamen Strategie EU–Ukraine auszubauen.<sup>162</sup>
  - ▶ Was die Frage einer Multilateralisierung einer »östlichen Dimension« der EU angeht, ist Polens Haltung noch wenig festgelegt. Grundsätzlich würde man wohl einem solchen Vorhaben Sympa-

<sup>160</sup> *Ziółkowski, Źródła polskiej polityki wschodniej* (Anm. 7).

<sup>161</sup> *Polityka wschodnia Unii Europejskiej* (Anm. 120).

<sup>162</sup> *Joint Statement of the V4 and Ukraine State Secretaries Meeting, Kosice, Slovakia (July 8–9, 2002)*, [www.mfa.gov.ua](http://www.mfa.gov.ua).

thie entgegenbringen, da es der polnischen Vision einer EU als Großmacht mit regionaler Fokussierung auf die direkte Nachbarschaft im Osten entgegenkäme<sup>163</sup> und einen institutionalisierten Rahmen schaffen würde, der das Gewicht des »neuen Ostens« zum Beispiel gegenüber der südlichen Nachbarschaft festigen würde. Andererseits möchte man die Spezifika der einzelnen Anrainerstaaten (nicht zuletzt mit Blick auf die Ukraine) adäquat zur Geltung kommen lassen: »The association framework might have to be of a different type to better address the needs of our partners.«<sup>164</sup>

Nicht auszuschließen ist, daß es bei der Konkretisierung der polnischen Positionen zu Umorientierungen kommt. Sollte sich die Ukraine mit Rußland liieren (ein neuer Akzent ist zum Beispiel die von Kiew unlängst in Betracht gezogene Möglichkeit eines Beitritts zur Euro-Asiatischen Wirtschaftsgemeinschaft), werden sowohl die EU als auch Polen die Frage der Beziehungen zur Ukraine stärker vor dem Hintergrund der Beziehungen Kiews zu Moskau diskutieren müssen. Sollte die EU zum Schluß kommen, daß sie ihre Großvorhaben wie INOGATE etwa aufgrund der künftigen Entwicklung der Pipelinenetze neu einschätzen muß, wird sich auch Polen dem nicht entziehen. Und schließlich die Mitgliedschaftsfrage: Als EU-Mitglied wird Polen es sich gründlich überlegen, ob es für einen ukrainischen EU-Beitritt votieren wird. Die Aufnahme eines Landes mit 51 Millionen Einwohnern, einem BIP per capita, das gerade einem Siebtel der jetzt schwächsten EU-Mitglieder entspricht, und in dessen Landwirtschaft ein Viertel der Erwerbsbevölkerung tätig ist, liefe elementaren Interessen Polens zuwider.<sup>165</sup>

**163** Nach Auffassung von Außenminister Cimoszewicz wird die EU »a global power but one focused predominantly on its own direct neighbourhood« sein; *Cimoszewicz, European Union the Day after Enlargement* (Anm. 142).

**164** Ebd.

**165** Es drängt sich hier die Analogie zur NATO-Erweiterung auf, wo sich trotz verbaler Befürwortung der zweiten Erweiterung zunehmend Skepsis hinsichtlich deren Konsequenzen verbreitet.

## Aussichten für die Kooperation mit der Ukraine nach dem polnischen EU-Beitritt

Polens EU-Mitgliedschaft wird einen neuen Abschnitt in der polnisch-ukrainischen Partnerschaft markieren. Deren Entwicklung hängt davon ab, wie die negativen Konsequenzen des polnischen Beitritts angegangen werden, wie sich Polen als »Anwalt« der ukrainischen Sache in Szene setzt und wie seine Partner in der EU darauf reagieren. Maßgeblich wird überdies sein, welchen Stellenwert man in Warschau und Kiew der Figur der strategischen Partnerschaft beimißt. Vier grundlegende Szenarien ihrer Entwicklung nach dem polnischen EU-Beitritt sind denkbar.

- ▶ *Ende der strategischen Partnerschaft:* Möglich ist ein zunehmendes Desinteresse auf beiden Seiten. In Polen könnte die Desillusionierung über die innere Entwicklung in der Ukraine und die Rußlandpolitik Kiews wachsen, verstärkt durch Verdrossenheit über Hemmnisse im bilateralen Aussöhnungsprozeß. Zwar würden Politiker beider Länder noch von einer »strategische Partnerschaft« sprechen, der Begriff würde jedoch zum Gemeinplatz degradiert. In Anbetracht wachsenden Desinteresses könnte das Momentum der Kontakte auf der politischen Spitzenebene nachlassen. Polen würde die Ukraine zwar nicht abschreiben, sich jedoch auf die Aufrechterhaltung bisheriger Projekte und technisch-infrastrukturelle Vorhaben etwa im Grenzbereich konzentrieren. Unter Umständen würde es sich stärker auf Rußland orientieren.
- ▶ *Polnische Abkapselung:* Polen würde zu einer konsequenten Politik des ULB-Konzepts, der Errichtung einer geopolitischen Pufferzone zwischen Mitteleuropa und Rußland, zurückkehren. Es liefe dann Gefahr, sich gegenüber seinen europäischen Partnern zu isolieren. Diese Variante ist aus heutiger Sicht eher unwahrscheinlich. Sie könnte aber dann wieder reeller werden, wenn – aus welchen Gründen auch immer – Spannungen im polnisch-russischen Verhältnis auftreten würden, in der Ukraine innenpolitische Weichenstellungen vorgenommen würden, die zu einem weniger kooperativen Verhältnis mit Moskau führen würden, wenn in Warschau und Kiew politische Kräfte tonangebend wären, die eine Revitalisierung der strategischen Partnerschaft anstreben.
- ▶ *»Rufer im Wald«:* Polen strebt an, die Partnerschaft mit der Ukraine zu aktivieren und gleichzeitig seine Beziehungen zu Rußland und Belarus voranzubringen. Allerdings gelingt es Polen nicht, die zentralen Partner in der EU von der Relevanz eines Engagements für die Ukraine zu überzeugen. Polen wird sich weiterhin als Anwalt der Ukraine profilieren, damit aber auf wenig Resonanz stoßen.
- ▶ *Erfolgreicher Vermittler:* Hier würde Polen im bilateralen Verhältnis mit Kiew neue Dynamik entfalten, auch bisher unterentwickelte Aspekte der gegenseitigen Beziehungen würden spürbar ausgebaut. Gleichzeitig würde sich Polen frühzeitig und mit signifikanten Vorstößen in die europäische Diskussion über die »östliche Nachbarschaft« einschalten. Polen würde es gelingen, seine europäischen Partner für wesentliche Teile seiner Ukraine- und ostpolitischen Vorstellungen ins Boot zu bekommen und unter Verwendung von EU-Ressourcen seine Potentiale zur Geltung zu bringen. Warschau würde die strategische Partnerschaft mit Kiew sozusagen in die EU »hineinziehen«. Polen käme die angestrebte Rolle eines Vermittlers und einer Drehscheibe zwischen Westeuropa und der Ukraine zu: Nach Westen wäre es aufgrund seiner bi- und multilateralen Kontakte effektiver Sachwalter der östlichen Nachbarn, für den Osten hätte es die Funktion eines Magneten, der seine Nachbarn an die Strukturen des Westens heranzuführt (Zbigniew Brzeziński).

Vermutlich liegen Polens Rolle und die Zukunft der strategischen Partnerschaft zwischen Option drei und vier. Ob es seine Ideen und Vorstellungen bezüglich der Ukraine einbringen kann, hängt von zwei Faktoren ab. Einerseits davon, ob Polen die Parameter seiner Ostpolitik so justiert, daß sie sich in den Erwartungshorizont der EU und seiner westlichen Partner einfügen lassen. Nach den wechselnden Priorisierungen der 90er Jahre scheinen die Voraussetzungen für eine Harmonisierung gegeben. Polens Wille, sich in die Partnerschaft der EU mit Rußland einzubringen, und die »realistische« Einschätzung der Lage in der Ukraine bieten wichtige Ausgangspunkte hierfür.

Zum anderen muß Polen frühzeitig Impulse setzen: in Form von konzeptionellen Vorschlägen und –



vielleicht noch wichtiger – durch die Identifikation spezifischer Fähigkeiten, die es in die EU einbringen kann, und die Festlegung von Kooperationsbereichen, in denen diese Fähigkeiten am besten zum Tragen kommen und an denen ein gesamteuropäisches Interesse besteht. Eingebaut in einen nachbarschafts-politischen Rahmen und aufbauend auf die besonderen Stärken könnten Kooperationsprojekte zu konkretisiert werden, bilateral polnisch-ukrainisch oder unter Hinzuziehung Dritter.

Zu den besonderen Kooperationsfeldern gehören solche, in denen *Diffusion*,<sup>166</sup> also Transfer und Export von Expertise und institutionellen Lösungen von West nach Ost, sowie *Verkoppelung* von West und Ost besonders zum Tragen kommen können:

*Wirtschaft:* Durch verstärktes Engagement polnischer Unternehmen, vor allem durch die Etablierung neuer Gemeinschaftsprojekte mit ukrainischen Partnern, könnten unternehmerisches Know-how und technisches Wissen weitergegeben werden. Besonders sinnvoll wäre die Einbindung zusätzlicher EU-Partner in solche Joint-ventures. Vorsicht geboten ist hingegen bei der Wirtschaftspolitik. Zwar verfügt Polen über beachtliche Erfahrungen in Wirtschafts- und Gesellschaftsreform, jedoch wäre zu diskutieren, inwieweit diese angesichts unterschiedlicher sozioökonomischer, politischer und geoökonomischer Voraussetzungen realisierbar bzw. auf ukrainischer Seite willkommen sind. So hat der ukrainische Staatspräsident selbst den polnischen Weg für sein Land abgelehnt.<sup>167</sup>

*Innere Sicherheit:* Eine intensiviertere polnisch-ukrainische Zusammenarbeit könnte aus EU-Sicht besonders fruchtbringend auf dem Feld der inneren Sicherheit sowie an den Schnittstellen von äußerer und innerer Sicherheit erfolgen. Eine verbesserte polnisch-ukrainische Kooperation in diesem Bereich könnte auch zur Verbesserung der einschlägigen Zusammenarbeit mit anderen GUS-Ländern beitragen. Polen, das bereits eine weite Strecke auf diesem Feld zurückgelegt hat, könnte an die Ukraine Erfahrungen bei der Umstrukturierung und Modernisierung der

Grenztruppen weitergeben.<sup>168</sup> Fragen der inneren, aber auch wirtschaftlichen Sicherheit wurden zum Beispiel auf einem Treffen der nationalen Sicherheitskoordinatoren aus Polen, der Ukraine, Rußland und Weißrußland im Februar in Charkiv diskutiert.<sup>169</sup> Unterstützt werden sollte das Vorhaben, eine Arbeitsgruppe von Fachleuten aus den Visegrád-Ländern und der Ukraine im Bereich Gemeinsame Innen- und Rechtspolitik einzuberufen.<sup>170</sup>

*Äußere Sicherheit:* Zu prüfen wäre die bereits angesprochene ukrainische bzw. polnisch-ukrainische Offerte im Rahmen der ESVP. Ebenso könnte darüber nachgedacht werden, ob unter Einschluß polnischer Partner die europäische Rüstungskooperation mit der Ukraine ausgebaut werden sollte.

*Gesellschaftliche Kontakte (NGO, Selbstverwaltung, Medien):* Ein immenses und ausbaufähiges Potential bietet der Bereich der gesellschaftlichen Kontakte. Hier kann Polen seine besonderen Kenntnisse über Gesellschaft, Kultur und Sprache der Ukraine zur Geltung bringen. Während darüber geklagt wird, daß aufgrund finanzieller Schwierigkeiten nur wenige gemeinsame kulturelle Aktivitäten umgesetzt werden,<sup>171</sup> konnten im Bereich der wissenschaftlichen Zusammenarbeit immerhin Zeichen gesetzt werden, etwa durch die geplante Gründung einer polnisch-ukrainischen Universität und die in diesem Rahmen im Oktober 2001 erfolgte Eröffnung eines Europäischen Kollegiums polnischer und ukrainischer Universitäten in Lublin. Viele polnische Kommunen sind Partnerschaften mit ukrainischen Gemeinden eingegangen. Polnische NGOs engagieren sich in Vorhaben mit und für ukrainische Partner (Batory-Stiftung, Fundacja »Wiedzieć jak«, das Polnische Institut für Öffentliche Angelegenheiten ISP). 1998 wurde erstmals ein polnisch-ukrainisches Selbstverwaltungsforum abgehalten. Vielfältige Kontakte bestehen auch zwischen Medien und Medienschaffenden.

*Regionen:* Nachgedacht werden könnte, ob Polen im Rahmen einer europäischen »Arbeitsteilung« sich in besonderem Maße auf die angrenzenden ukrainischen

<sup>166</sup> Vgl. zum Konzept der »Ost-Ost-Diffusion« bzw. Diffusionspotential zwischen Ostmitteleuropa und der Ukraine Fritz, *New Divisions in Europe* (Anm. 140), S. 28ff.

<sup>167</sup> *My ne pidemo pol'skym šljachom, zjavlajje Leonid Kučma na rosij's'kij Pivnoči* [Wir werden nicht den polnischen Weg gehen, erklärt Leonid Kučma im russischen Norden], in: *Den'*, 13.2.2002.

<sup>168</sup> Kiew präsentierte zu Beginn des Jahres ein Modernisierungsprogramm für seinen Staatlichen Grenzdienst DPS bis 2005: *Prykordonna vijs'ka Ukraïny\_cikavljat' Evrosojuz* [Die Grenztruppen der Ukraine interessieren die EU], in: *Den'*, 30.1.2002.

<sup>169</sup> *Kordony i »torhovel'ni vijny«* [Grenzen und »Handelskriege«], in: *Den'*, 20.2.2002.

<sup>170</sup> *Joint Statement of the V4 and Ukraine State Secretaries Meeting* (Anm. 162).

<sup>171</sup> *Szmyd*, *Ukraina* (Anm. 77), S. 237.

Regionen konzentrieren sollte, mit denen ohnehin Kooperationsbeziehungen bestehen. Lublin, Hauptstadt der zweiten an die Ukraine angrenzenden polnischen Wojewodschaft und einzig wirkliche Großstadt an der polnischen »Ostwand«, Wirtschaftszentrum und Sitz der polnisch-ukrainischen Universität, könnte zum führenden Wachstumspol des östlichen Polens aufgebaut werden und zusammen mit Przemyśl, dem Zentrum der ukrainischen Minderheit, sowie auf ukrainischer Seite der galizischen Metropole Lemberg und der größten Stadt Wolhyniens, Luck, die Kernregion polnisch-ukrainischer Regionalzusammenarbeit bilden.<sup>172</sup>

*EU-Harmonisierung:* Schließlich kann Polen eine besondere Mittlerfunktion bei der Angleichung ukrainischer Vorschriften und Standards an EU-Vorgaben spielen. Diese ist unabhängig vom generellen Rahmen und vom langfristigen Ziel, welches die EU der Ukraine offerieren wird, mit Blick auf eine bessere Nutzung von bestehenden und eventuellen neuen Hilfsprogrammen und wegen der Wettbewerbsposition ukrainischer Unternehmer auf europäischen Märkten wünschenswert. Eine gute Ausgangsbasis wäre die 1999 gegründete polnisch-ukrainische Konferenz für europäische Integration.

<sup>172</sup> Andrzej Stasiak, Problemy rozwoju polskiego pogranicza wschodniego [Probleme der Entwicklung des Gebiets an der polnischen Ostgrenzen], in: Malendowski/ Szczepaniak, Euro-regiony mosty do Europy bez granic (Anm. 129), S. 108–118.

# Anhang

## Institutionen der polnisch-ukrainischen Kooperation

<b>Polnisch-ukrainisches Konsultationskomitee der Staatspräsidenten</b>
Das 1993 einberufene Komitee befaßt sich unter anderem mit Fragen der europäischen und regionalen Sicherheit, Grundsatzfragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Minderheitenthemen, Angelegenheiten der Kulturpolitik und Energieproblemen. Es tritt ein bis zweimal jährlich zusammen.
<b>Gemischte polnisch-ukrainische Kommission für Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit</b>
Die Kommission wurde Anfang 1993 gegründet und ist der grundlegende Rahmen für die wirtschaftliche Kooperation auf Regierungsebene. Mitglieder sind Vertreter relevanter Ministerien und Behörden.
<b>Polnisch-ukrainisches Wirtschaftsforum</b>
Das Forum fand erstmals 1998 statt und wird seither jährlich abgehalten. Es dient der Debatte wirtschafts- und reformpolitischer Konzepte, dem Erfahrungsaustausch sowie der Kontaktaufnahme zwischen polnischen und ukrainischen Vertretern aus Industrie, Handel und Gewerbe. Neben Unternehmern gehören auch Politiker und Regierungsvertreter zu den Teilnehmern.
<b>Polnisch-ukrainische Parlamentariergruppe</b>
Besteht aus Mitgliedern von Sejm und Senat sowie ukrainischen Parlamentariern.
<b>Polnisch-ukrainisches Forum</b>
Das Forum dient dem Ausbau des Dialogs der Zivilgesellschaften. Ihm gehören vor allem Persönlichkeiten aus Kultur und Wissenschaft an. Das bereits 1992 gegründete Forum war lange Zeit nicht mit Leben gefüllt und wurde daher 1999 reaktiviert.
<b>Ständige polnisch-ukrainische Konferenz für europäische Integration</b>
Die im Frühjahr 1999 geschaffene Einrichtung wird von Vertretern der Außenministerien geleitet, die Schirmherrschaft liegt bei den Regierungschefs. Ihr Zweck ist es, polnische Erfahrungen aus dem Beitrittsprozeß zur EU weiterzugeben und die Konsequenzen der polnischen EU-Mitgliedschaft für das bilaterale Verhältnis zu reflektieren.
<b>Polnisch-amerikanisch-ukrainische Kooperationsinitiative (PAUCI)</b>
Die trilaterale Initiative zielt darauf ab, polnische Erfahrungen im Bereich Wirtschaftsreform, Klein- und mittelständische Unternehmen, kommunale Selbstverwaltung und europäische Integration weiterzuleiten.
<b>Polnisches Institut in Kiew</b>
Das Institut – vergleichbar ähnlichen Einrichtungen in anderen Ländern – wurde Ende der 90er Jahre errichtet. Ein ukrainisches Äquivalent in Polen fehlt bislang.
<b>POLUKRBAT</b>
Die Voraussetzungen für die Bildung des polnisch-ukrainischen Bataillons wurde im März 1998 gelegt. Das Kommando des vor allem für Peace-Keeping-Einsätze vorgesehenen Bataillons befindet sich im südostpolnischen Przemyśl. POLUKRBAT besteht aus Einheiten der 4. polnischen Panzerbrigade und des 240. Ukrainischen Mechanisierten Infantrieregiments. Im Sommer 2000 wurden Soldaten des Bataillons im Rahmen des KFOR-Kontingents im Kosovo stationiert.

## Abkürzungen

CEPS	Centre for European Policy Studies (Brüssel)
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
GUUAM	Georgien, Ukraine, Aserbaidshan, Usbekistan, Moldova
GW	Gazeta Wyborcza
INOGATE	Interstate Oil and Gas Transport to Europe
NGO	Non-Governmental Organization
KFOR	Kosovo Force
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OUN	Orhanizacija Ukraïns'kych Nacionalistiv (Organisation Ukrainischer Nationalisten)
PAUCI	Poland–America–Ukraine Cooperation Initiative
PHARE	Poland/Hungary Assistance and Recovery Program
PKA	Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
POLUKRBAT	Polnisch-Ukrainisches Bataillon
RP	Rzeczpospolita
SWZ	Sonderwirtschaftszone
TACIS	Technical Assistance for the Commonwealth of Independent States
TRACECA	Transport Corridor Europe–Caucasus–Asia
ULB	Ukraine, Litauen, Belarus (Konzept einer Allianz)
UPA	Ukraïns'ka Armija (Ukrainische Aufstandsarmee)